Nr 64 — Jahrgang 18

Einzelnummer 0,20 Zł.

Freitag, den 18. März 1932

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Złoty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0,80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme" Bielsko, Republikanska Nr. 41. — Telefon Nr. 1294

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 31. 3. cr. 1.65 Zł., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zł. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Blutiger Streikverlauf in Krakau

Der Generalstreik durchgeführt — Zusammenstöße auch in Saybusch — Die Genossen Dr. Drobner und Dr. Szumski verhaftet — Fünf Tote und zahlreiche Verwundete — Massenverhaftungen folgen

Warschau. Der von der Zentralkommission der Klassenkampfgewerkschaften für den 16. März proklamierte Generalstreik kann im Ganzen betrachtet, als gelungen bezeichnet werden, wenn berücksichtigt wird, daß zahlreiche Privatunternehmer an diesem Tage Feierschichten einsetzten, um nicht bestreikt zu werden. Der Streik war von vornherein nur auf die Privatbetriebe gedacht, die an und für sich in Polen nicht von Bedeutung sind. Hier und da kam es auch zu kurzer Arbeitseinstellung in größeren Betrieben. Dem Generalstreik gingen am Dienstag Massenverhaftungen von angeblichen Kommunisten in Warschau und anderen Industriezentren Polens voraus. In Warschau war die Polizei in erhöhter Alarmbereitschaft und es ist ihr auch gelungen, irgendwelche Demonstrationen zu verhindern.

In Saybusch und Krakau kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. In der Umgegend von Krakau und in Krakau selbst, der alten galizischen Feste des Sozialismus ist der Generalstreik vollauf gelungen. Als die Arbeiter sich vor dem Volkshaus auf der Dunaiska sammelten und der P. P. S.-Führer Dr. Szumski vom Balkon eine Ansprache halten wollte, erschien die Polizei und forderte die Demonstranten zum Auseinandergehen auf, der Arbeiter bemächtigte sich eine große Erregung, es kam zu Zusammenstößen, die Polizei machte von der Schußwaffe Gebrauch, ein Toter und mehrere Verletzte blieben auf der Strecke. In Saybusch 6 Tote und mehrere Verwundete. Die Krakauer Arbeiter, gewohnt Demonstrationen durchzuführen, sammelten sich an anderer Stelle wieder, die Polizei griff erneut ein, es kam zu mehreren Verhaftungen, die im Laufe des Tages auf über 100 gezählt werden. Unter den Verhafteten befindet sich der bewährte Arbeiterführer Dr. Drobner, das Mitglied der Exekutive der Sozialistischen Arbeiterinternationale, der Vorsitzende der P. P. S.-Bezirksorganisation Dr. Szumski und der Rechtsanwalt Dr. Rosenzweig.

Nach den Ermittlungen in Krakau scheint es, daß sich in die Reihen der P. P. S.-Demonstranten Kommunisten eingeschlichen haben und daß irgendwelche Provokationen den sonst ruhigen Zug provoziert haben.

Im Posener Gebiet verlief der Streik ruhig, auch aus anderen Gebieten werden keinerlei Zusammenstöße gemeldet. Es ist natürlich, daß die bürgerliche Presse den ganzen Generalstreik am besten als nicht geschehen betrachtet und nur dort Berichte bringt, wo Zusammenstöße vorkamen. (Siehe auch weitere Streikberichte im lokalen Teil des „Volkswille".)

Die S.P.D. an die Wähler!

Ein Aufruf des Parteivorstandes

Berlin. Der Parteivorstand der SPD veröffentlicht im „Vorwärts" einen Aufruf, in dem allen Parteigenossen **für die Disziplin bei der Reichspräsidentenwahl Dank und Anerkennung ausgesprochen wird.**

In dem Aufruf heißt es u. a.: Arbeit und Opfer seien nicht vergebens gewesen. Hitler sei geschlagen. Dem Faschismus sei der Sieg, den er schon in seinen Händen glaubte, entrissen worden.

Schluß mit dem System der nationalsozialistischen Volksvergiftung.

Das sei die Parole für den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl am 10. April. „Schlagt Hitler. Darum wählt Hindenburg!" Hitler müsse am 10. April noch gründlicher geschlagen werden, als am 13. März.

Die kommunistische Partei habe im Entscheidungskampf des 13. März durch Aufstellung **einer aussichtslosen Zählkandidatur das Spiel Hitlers gespielt.**

Gemeinsam mit der Konterrevolution habe sie am 13. März eine schwere Niederlage erlitten. Das sei ihr verdientes Schicksal. Großes sei geleistet, aber weit Größeres sei noch zu tun. Zum Schluß heißt es:

„**Unsere faschistischen Gegner sind nicht endgültig geschlagen, solange ihre großkapitalistischen Geldgeber imstande sind, sie zu bezahlen.**

Zerrüttende Krisen werden ständige Begleiterscheinungen der wirtschaftlichen Entwicklung bleiben, solange nicht **an die Stelle der kapitalistischen Anarchie eine Wirtschaftspolitik des Sozialismus getreten ist.**

Darum hat die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag Anträge eingebracht **zur Verstaatlichung der Schwerindustrie, zur Beschaffung neuer Arbeitsgelegenheit, zur Unterstellung der Banken und Kartelle unter die Aufsicht des Staates.**"

Die Sozialdemokratie zeigt den Weg aus Not und Elend zu einer höheren Gesellschaftsform, zu menschlicheren Zuständen. Der Druck der Massen muß dafür sorgen, **daß dieser Weg endlich beschritten wird.**

Vorläufiges Waffenstillstandsabkommen im Fernen Osten?

Genf. Der von der außerordentlichen Völkerbundsversammlung eingesetzte Sonderausschuß aus Vertretern von 19 Mächten, der den japanisch-chinesischen Streit weiterbehandelt, trat am Mittwoch zu einer ersten vertraulichen Sitzung zusammen. Der japanische Botschafter Sato machte Mitteilung von einem vorläufigen Waffenstillstandsabkommen. Der nähere Inhalt dieses Abkommens lag jedoch noch nicht vor.

Noch ein Ausschuß für die moralische Abrüstung

Genf. Der vom Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz eingesetzte Sonderausschuß zur Behandlung des polnischen Antrages über die moralische Abrüstung hat einen engeren Ausschuß aus Vertretern Englands, Ungarns, Polens, Belgiens eingesetzt, der Vorschläge für die Anpassung der nationalen Gesetzgebung an das internationale Recht im Sinne einer moralischen Abrüstung ausarbeiten soll.



Der Prozeß um den Kindesmord durch den Leoparden Nanosch

Der angeklagte Maler von Othegraven bei der Verhandlung vor dem Berliner Schöffengericht. Links das Fell des inzwischen getöteten Leoparden. — In Berlin begann der Prozeß gegen den Kunstmaler Hugo von Othegraven. Der Maler hatte trotz polizeilicher Verwarnung seinen Leoparden „Nanosch" ohne Käfig in seinem Schlafzimmer gehalten. Im Januar sprang das Tier das eineinhalbjährige Töchterchen der Portierfrau an und tötete es mit seinen Pranken.

Entspannung in Deutschland?

Der deutschnationale Versuch, aus der Niederlage bei den Reichspräsidentenwahlen doch noch ein politisches Geschäft zu machen, ist gescheitert, das Zentrum hat es entschieden abgelehnt, in irgendwelche Verhandlungen über den zweiten Wahlgang einzugehen, da ja mit Sicherheit anzunehmen ist, daß Hindenburg mit großer Mehrheit gegenüber Hitler Sieger bleiben wird. Die Deutschnationalen sind gewissermaßen vom politischen Einfluß durch die Sprengung der „nationalen Front" ausgeschaltet, und Duesterberg selbst hat auf den zweiten Wahlgang verzichtet. Soweit aus der kommunistischen Presse zu entnehmen ist, werden sie die aussichtslose Kandidatur Thälmanns auch für den zweiten Wahlgang aufrechterhalten, und so wird Hitler kaum eine Stimmensteigerung erfahren. Der Höhepunkt Hitlerscher Demagogie, — denn nichts anderes ist der Phrasendrusch des „Dritten Reichs", — darf mit der Wahl des Reichspräsidenten als überschritten bezeichnet werden, wenn auch nicht verkannt werden darf, daß eine rückläufige Entwicklung seiner Wählerstimmen erst dann eintreten dürfte, wenn die großen internationalen Verhandlungen mit Deutschland abgeschlossen sind, wenn also eine wirtschaftliche Besserung im Reich zu verzeichnen sein wird. So lange die heutige Arbeitslosigkeit herrscht, die wirtschaftliche Depression steigt, so hat auch Hitler weitere Chancen, und unter solchen Umständen ist es durchaus denkbar, daß er hier und dort im Wahlkampf noch auf Erfolge rechnen darf. Aber es muß jetzt Hauptaufgabe der demokratischen Parteien, der Anhänger der republikanischen Staatsform sein, alles zu tun, um zu verhindern, daß Hitler legal irgendwie und irgendwo an die Macht kommt.

Hitler hat wiederholt versichert, daß er sich mit der Absicht trage, legal an die Macht zu kommen, aber er versichert auch in einem Zug, daß er die Macht auch restlos ausnützen wird, selbst wenn die Ungunst der Verhältnisse ihm eine Niederlage bereiten würde, er also wieder in die Minderheit versetzt wird. Daß Hitler diese Absichten hat, das beweisen am besten die Zustände in Thüringen und Braunschweig, wie diese politische Macht gegen alle Gegner ausgenützt wird. Die Errichtung einer Hitlerdiktatur wird als selbstverständlich betrachtet und gleich vielen anderen Diktatoren herrscht auch im Hitlerlager die Ueberzeugung, daß das Volk vom politischen Einfluß ausgeschaltet werden muß und nur die „Parteiführer", in diesem Falle die Nationalsozialisten, regieren, oder besser gesagt, politisch befehlen sollen. Aus diesem Grunde, weil die Mitbestimmung des Volkes ausgeschaltet werden soll, darf Hitler nicht zur Macht kommen, selbst wenn man sich, den demokratischen Regeln entsprechend, dazu bekennen müßte, daß man eine Partei, die fast 12 Millionen Wähler auf sich vereinigt hat, nicht von der politischen Anteilnahme ausschalten darf. Soll dieser demokratische Lehrsatz Geltung haben, dann muß erst Hitler erklären und auch halten, daß er jederzeit von der politischen Bühne zurücktritt, so bald die Volksmeinung gegen ihn gekehrt ist. Das wird Hitler nie tun, denn er will Deutschland vom Marxismus, im Dienste der Schwerindustrie, „bereinigen", und da die deutsche Arbeiterklasse selbst mit einem Hitler fertig wird, so ist die politische Machtergreifung durch Hitler, nach demokratischen Begriffen, eine offene Bürgerkriegserklärung. Diese Tatsachen dürfen nicht übersehen werden, wenn man den Ausgang der Reichspräsidentenwahlen in all ihren Konsequenzen betrachtet.

Es wäre eine Illusion, anzunehmen, daß die gewaltige Stimmenzahl für Hindenburg ein Bekenntnis für die Republik sei. Man braucht bloß die ganze Schar der Hindenburganhänger zu betrachten, und man wird wohl verstehen, daß einige zwar zur Verfassung stehen, aber gern die Republik zum Teufel wünschen. Wirtschaftsnot und Arbeitslosigkeit haben der Sozialdemokratie Aufgaben auferlegt, die sie nicht mit leeren Versprechungen abfinden will, sondern sich auf den Boden realer Tatsachen stellt. Diese politische Realität erfordert, daß man oft gegen die Wünsche der eigenen Anhänger Entscheidungen sehr gewichtiger Natur treffen muß, was den Kommunisten ein billiges Agitationsmittel gegen die Sozialdemokratie liefert. Man wird aber, ohne besondere Begründung, die kühne Behauptung aufstellen können, daß Hindenburgs Erfolg ausschließlich dem Wirken der Gewerkschaften, der Sozialdemokratischen Partei und der Eisernen Front zu verdanken ist. Dieses Eintreten für Recht und Ordnung hat die Partei als Führerin der Arbeiterklasse Deutschlands ohne jeden politischen Schacher

getan, in der Meinung, daß erst der Boden der Republik gesichert werden muß, wenn man die Errungenschaften der Arbeiterschaft nicht nur erhalten, sondern festigen und ausbauen kann. Die Kommunisten haben, trotz der skrupellosen Agitation, gegenüber den Reichstagswahlen von 1930 ihre Stimmenzahl nur um knapp eine halbe Million Stimmen erhöhen können, sind gegenüber dem Radikalismus eines Hitler und seiner Trabanten ins Hintertreffen geraten, ihre Ankündigung, gegen 8 Millionen Stimmen zu erreichen und damit die Sozialdemokratie zu übertreffen, sind ins Wasser gefallen, trotzdem die Rosenfeld-Seydewitz-Richtung für Thälmann eifrig agitiert hat. Die Wählerschaft der deutschen Sozialdemokratie ist dem Ruf der Partei treu geblieben, sie hat ihr Vertrauen zur Führung nicht verloren. Das ist, trotz des gewaltigen Erfolges Hitlers, ein moralisches Plus für die Sozialdemokratie, das auch im Zentrum und in den demokratischen Parteien anerkannt wird.

Die Hoffnungen der Kommunisten und Hitlerianer, daß die radikale Arbeiterschaft nicht für Hindenburg eintreten wird, darum Hindenburg nicht die erforderliche Mehrheit erlangen kann, sind fehlgeschlagen, aber man darf wiederum nicht außer acht lassen, daß eine etwaige Wahl zum Reichstag den Kommunisten und Nationalsozialisten die absolute Mehrheit sichern würde. Nun sind beide Richtungen so politisch verblendet, daß sie reale Aufbaupolitik und vor allem Politik zur Befriedigung der Bedürfnisse weiter Volksschichten nicht treiben werden, auch darf man mit Sicherheit annehmen, daß beide nicht so bald, jedenfalls auf legalem Wege, zur politischen Macht kommen werden. Es liegt ja jetzt am Ausland, die Lehren aus der Reichspräsidentenwahl zu ziehen und Deutschland jene Entlastung zu bieten, damit der Radikalismus beseitigt werden kann, was nur möglich ist, wenn der radikalen Agitation der Boden entzogen wird, der auf Grund der internationalen politischen Spannung im Reich entstand. Ohne eine wirtschaftliche Besserung deutscher Verhältnisse ist, wie hier schon so oft dargelegt wurde, nicht daran zu denken, daß sich die gesamteuropäische Lage bessern kann. Und diese Entspannungsmöglichkeit liegt nicht im Bereich der deutschen Regierung, sie liegt in den Händen Frankreichs und Englands, und nicht zuletzt im Einfluß Amerikas, diese Tatsachen müssen immer wieder hervorgehoben werden, wenn man sich ein wirkliches Bild der Dinge machen will.

Die Reichsregierung hat, wie es heute heißt, den politischen Burgfrieden für die Zeit vom 20. März bis zum 3. April erklärt, also den Wahlkampf um fast 14 Tage verkürzt. Aber bald darauf kommen die Preußenwahlen, und hier wird man mit Ueberraschungen rechnen müssen. Was wird, wenn die Weimarer Koalition, die heute in Preußen regiert, im Wahlkampf geschlagen wird. Wird man dann in Preußen Hitler an die Macht lassen? Das ist wohl die entscheidende Frage, die zu stellen ist. Wir wissen ja, daß der ganze Kampf der Deutschnationalen und eines Teils der Deutschen Volkspartei, auf nichts anderes gerichtet ist, als auf die Ausschaltung des sozialdemokratischen Einflusses in Preußen. Wer Preußen hat, hat auch das Reich, erklären die Deutschnationalen, und nur aus diesem Grunde sind sie in die nationale Opposition mit Hitler eingegangen, um mit seiner Hilfe den angeblichen Todfeind Deutschlands zu schlagen, den Marxismus, der durch die Sozialdemokratie repräsentiert wird. Die Kommunisten sind, so erklärte ja Hitler wiederholt, für den Nationalsozialismus keine Gefahr, mit ihnen wird er fertig. Aber sein Kampf gilt den deutschen Arbeitern, die um die Gewerkschaften, die Sozialdemokratie und die Eiserne Front gesammelt sind. Daß diese Eiserne Front in ihrer Gesamtheit nicht daran denkt, Hitler zur Macht zu lassen, selbst, wenn er die „demokratische" Mehrheit bei den Preußenwahlen erlangt haben sollte, ist wohl mehr, als gewiß. Hier wird auch die deutsche Sozialdemokratie vor das Problem der Diktatur gestellt, wenn sie durch demokratische Flausen nicht sich selbst und ihre Zukunft, das heißt, die deutsche Arbeiterklasse, der faschistischen Diktatur preisgeben will.

Wir sehen aus diesen kurzen Bemerkungen, daß der zweite Wahlgang um Hindenburg, das Problem nicht löst, sondern es, im Gegenteil, nur verschärft. Man mag politisch die kommenden Entscheidungen als eine Entspannung bezeichnen, sie sind es nicht, sie werfen wiederholt die Frage auf, soll der Faschismus die deutsche Arbeiterklasse und damit auch die Republik, vernichten, soll das Aufbauwerk einiger Jahrzehnte vernichtet werden oder muß der Diktatur des Faschismus eines Hitlers, rechtzeitig die Diktatur der Arbeiterklasse, das heißt, selbst mit den Kommunisten gegen Hitler, gesetzt werden? Hier haben die Zentrumsarbeiter mit, die Entscheidung, der Kampf beginnt um Preußen, die Wahl Hindenburgs tritt damit in die zweite Kampffront. Die Frage ist nur, ob sich auch das deutsche Bürgertum, welches für Hindenburg eingetreten ist, über diese Zukunftsfrage der Preußenwahlen Rechenschaft gibt. Es ist keine Entspannung eingetreten, die Extreme in Deutschland haben sich erst verschärft, ihre Entspannung und weitere Verwirrung tritt erst am 24. April in ganzer Tragik zum Ausdruck.

—ll.



Vergebliche Razzia nach dem Lindbergh-Baby in Hamburg

Ein Hamburger Kriminalbeamter, das falsche Lindbergh-Baby und dessen Pflegerin an Bord der „City of Baltimore".

Nach einem Funkspruch der New Yorker Polizei sollte sich das geraubte Lindbergh-Baby an Bord des amerikanischen Passagierdampfers „City of Baltimore" befinden. Kriminalbeamte begaben sich daher sofort nach der Ankunft des Ozeandampfers in Hamburg an Bord des Schiffes. Dort stellte sich aber heraus, daß das gemeldete Kind gar kein Junge sondern ein Mädchen war. Danach ist das Schiff noch einmal einer gründlichen Durchsuchung unterzogen worden, ohne daß es jedoch gelang, eine Spur des Babys aufzufinden.

Protest der Signatarmächte an Litauen

Drohung mit dem Haager Schiedsgericht — Deutscher Schritt in London

Genf. Die Regierungen der vier Unterzeichnermächte des Memelabkommens, England, Frankreich, Italien und Japan, haben, wie jetzt bekannt wird, am Dienstag den Gesandten Litauens in London davon in Kenntnis gesetzt, daß die vier Mächte die Absicht haben, in den nächsten Tagen einen gemeinsamen Schritt bei der litauischen Regierung zu unternehmen, bei dem nachdrücklich

auf die letzte Entschließung des Völkerbundsrates zur Memelfrage hingewiesen und von neuem die unbedingte Notwendigkeit der Bildung eines verfassungsmäßigen Direktoriums im Memelgebiet erklärt wird.

Die vier Unterzeichnerstaaten machen die litauische Regierung ausdrücklich darauf aufmerksam,

daß die eben vollzogene Bildung des Direktoriums im Memelgebiet in keiner Weise der letzten Ratsentscheidung des Völkerbundes entspricht und nicht als genügend angesehen werden kann.

Wenn nicht in kürzester Frist ein Direktorium gebildet wird, **das sich auf das Vertrauen der Mehrheit des Memel-Landtages** stützt, würden die vier Unterzeichnemächte gezwungen sein, den Fall unverzüglich **vor den Haager Gerichtshof zu bringen.**

Der Schritt der vier Mächte in Kowno steht unmittelbar bevor. Es wird angenommen, daß die vier Regierungen entweder eine gemeinsame Note oder getrennt gleichlautende Noten an die litauische Regierung senden werden. Die vier Regierungen beabsichtigen, die litauische Regierung zu ersuchen, umgehend Stellung dazu zu nehmen. Der Schritt der vier Mächte entspricht den von der deutschen Regierung in der letzten Zeit mehrfach unternommenen Vorstellungen bei den vier Unterzeichnermächten. In den deutschen Noten an die vier Mächte ist besonders darauf hingewiesen worden, **daß eine Auflösung des Memellandtages lediglich dazu führen werde, daß der gegenwärtige vertragslose Zustand und das verfassungswidrige Direktorium des litauischen Gouverneurs im Memelgebiet weiter aufrecht erhalten wird.**

Deutscher Schritt wegen Memel in London

London. Die deutsche Botschaft in London hat von den Berliner Stellen Anweisung erhalten, die Aufmerksamkeit der englischen Regierung auf die ernste Lage zu lenken, die durch die Ereignisse im Memelland entstanden ist. Schon am Anfang der Woche hat ein Vertreter der Botschaft deswegen im Außenamt vorgesprochen. Man erwartet nun, daß der deutsche Geschäftsträger, Graf Bernstorff, am Donnerstag die leitenden Persönlichkeiten in dieser Angelegenheit sehen wird.

Zusammenziehung russischer Truppen an der mandschurischen Grenze?

Tokio. Die japanische Presse bringt in großer Aufmachung weitere Meldungen über die Zusammenziehung russischer Truppen an der russisch-mandschurischen Grenze. Die Truppen sollen in der Richtung Olowjannaja-Mandschuria, ferner bei Grodekowo-Nikolsk Ussurisk, in der Richtung Pogranitschnaja und in der Gegend der Olga-Bucht bei Posjed im Küstengebiet zusammengezogen werden. Insgesamt sollen dort über 200 000 Mann mit zahlreichen Flugzeugen und Artillerie stehen. Ferner sollen schwere Batterien bei Wladiwostok aufgestellt worden sein.

Moskau. Die russischen amtlichen Stellen erklären, daß alle Nachrichten über angebliche Zusammenziehungen russischer Truppen an der russisch-mandschurischen Grenze nicht den Tatsachen entsprechen.

Kein Anschlag auf Hitler

Berlin. Zu der Meldung über einen Anschlag auf den D-Zug Kahla, in dem sich Adolf Hitler befand, wird von der Deutschen Reichsbahngesellschaft mitgeteilt, daß sich dieser Anschlag als sehr harmlos herausgestellt habe. Die Beschädigung der Fensterscheibe des D-Zug-Wagens sei auf einen Stein zurückzuführen. Anscheinend stamme diese Beschädigung von einem Fußballwettkampf, der in der Nähe stattgefunden habe.

Die entscheidenden Verhandlungen der Abrüstungskonferenz

Genf. Der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz hat auf Grund der Anfrage des amerikanischen Botschafters Gibson einstimmig beschlossen, daß nach der Wiederaufnahme der Arbeiten am 11. April in allererster Linie die entscheidenden Fragen der Abrüstung, somit die Fragen der Gleichberechtigung, der vollständigen Abrüstung oder lediglich der Herabsetzung der Rüstungen und die französischen Sicherheitsvorschläge behandelt werden sollen und daß die endgültige Entscheidung über die Hauptfrage ohne weitere Unterbrechung in fortlaufenden Sitzungen stattfindet. Durch diese Entschließung ist nunmehr der weitere Gang der Abrüstungskonferenz grundlegend geändert. Die bisherige Methode, die technischen Einzelausschüsse arbeiten zu lassen, ohne daß zu den Grundfragen der Abrüstung Stellung genommen wurde, ist durch diese Entschließung vollständig aufgegeben. Die Konferenz wird damit im April in ihre entscheidende Phase eintreten.

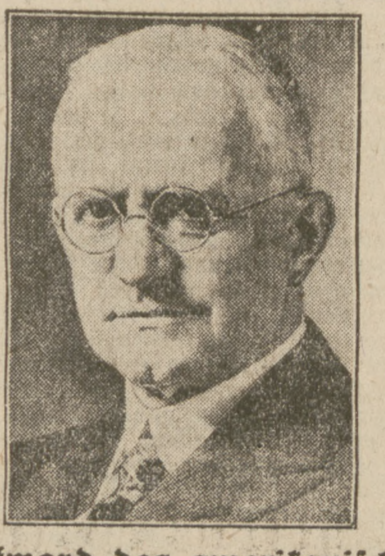
Südslawien gegen den französischen Donaubundplan

Belgrad. Das Blatt des Außenministers, die „Prawda" berichtet aus Genf, daß der südslawische Außenminister Marinkowitsch dem französischen Ministerpräsidenten Tardieu mitgeteilt habe, daß Südslawien auf keinen Fall der Schaffung eines Vorzugszollbundes zwischen Oesterreich, Ungarn und der Tschechoslowakei zustimmen würde. Südslawien sei auch gegen die Vorzugszollverhandlungen Italiens, Oesterreichs und Ungarns. Für Südslawien sei es eine Lebensfrage, Absatzmärkte für seine landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu finden. Es sei daher der Ansicht, daß der derzeitige Zustand günstiger sei, als wenn eine enge Verbindung zwischen Prag, Wien und Budapest bestünde.

Zugleich berichtet die „Prawda" über große Schwierigkeiten, auf die Tardieu in Genf gestoßen sei. Es könne keine Rede davon sein, daß sich der französische Plan in absehbarer Zeit verwirklichen lassen werde. Es bestünden in dieser Hinsicht noch immer dieselben Hindernisse, die seit 10 Jahren jeden Versuch einer Neuregelung der mitteleuropäischen Verhältnisse zum Scheitern gebracht hätten.

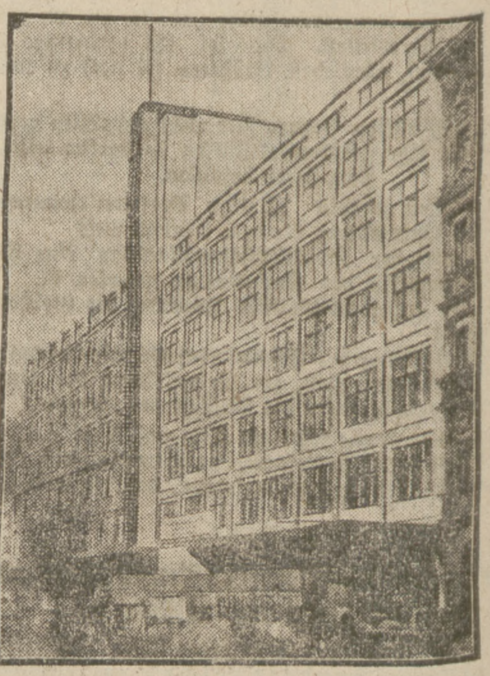
Gewaltiger Rückgang der amerikanischen Steuereinnahmen

Washington. Die Einkommensteuer in den Vereinigten Staaten weist für das Jahr 1931 einen Riesenrückgang auf. Finanzbeamte schätzen das Aufkommen aus der Einkommensteuer auf weniger als 1 Milliarde Dollar gegenüber 2½ Milliarden im Jahre 1930. Unter diesen Umständen wird mit einer Erhöhung des Fehlbetrages auf 2½ Milliarden Dollar bis Ende Juni gerechnet.



Selbstmord des amerikanischen Photokönigs

George R. Eastman, der Besitzer der bekannten Eastman-Kodak-Company, hat in einem Anfall von Schwermut Selbstmord begangen. Eastman hatte als Amateurphotograph seinen Ruhm durch die Erfindung der Trockenplatte begründet. Im Laufe der Jahre gelang es ihm, einen großen Konzern aufzubauen, der zur Zeit 25 000 Arbeiter beschäftigt. Eastman war vielfacher Millionär; er ist 77 Jahre alt geworden.



Die Arbeiterbank in Berlin fertiggestellt

Der große Neubau der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten in Berlin — der Bank der Freien Gewerkschaften — ist jetzt fertiggestellt worden.

Polnisch-Schlesien

Der Streik in Petrikau

In Petrikau, in Kongreßpolen, ist ein eigenartiger Arbeiterstreik ausgebrochen. Was Streik ist, das brauchen wir unseren Lesern nicht lange zu erklären, denn wir haben hier in dem Industriegebiet alle paar Tage einen Streik. Die Arbeiter beschließen in einer Belegschaftsversammlung den Streik, und den nächsten Tag kommen sie nicht zur Arbeit. Wenn sie aber in der Hütte bezw. in der Grube erscheinen, so gehen sie nicht an die Werkstelle, sondern verlassen bald den Betrieb. Vor dem Betrieb werden sehr oft Posten ausgestellt, die die „Arbeitswilligen" in den Betrieb nicht hereinlassen sollen. Das nennt man Streik.

In Petrikau befindet sich das Hüttenwerk „Hortensia", in welchem etwa 1000 Arbeiter beschäftigt sind, im Streik. Man hat dort, genau so wie bei uns, die Löhne abgebaut und die Arbeiter reduziert. Den Arbeitern war dies etwas zu viel des Guten und sie setzten sich zur Wehr. Den Lohnabbau haben sie abgelehnt und haben beschlossen, so lange nicht zu arbeiten, bis die Verwaltung sich entschließt, die alten Löhne wieder einzuführen. Das ist eigentlich der Streik, aber dieser Streik wurde nicht so ausgeführt, wie beispielsweise in Dombrowa-Gornicza. Die Arbeiter sind zur Arbeit gekommen, aber sie haben nicht gearbeitet. Sie gingen zur vorgeschriebenen Zeit zu Mittag und abends verließen sie die Hütte. Den nächsten Tag kamen sie wieder zur Arbeit, standen bei den Werkstellen, haben aber nicht gearbeitet. Der Direktor, ein gewisser Choistmann, hat angeordnet, daß die Arbeiter nachmittags in die Hütte nicht mehr hereingelassen werden dürfen. Das war vor etwa 10 Tagen der Fall. Als die Arbeiter nach dem Mittagessen den Fabrikhof betreten wollten, waren die Tore verschlossen, und der Portier erklärte, daß er niemanden hereinlassen werde, weil die Verwaltung das angeordnet hat. Die Arbeiter wollten in die Fabrik eindringen und stürmten die Tore. Es ist ihnen zwar gelungen, hineinzukommen, aber ein Portier hat den Revolver gezogen und schoß in die Menge. Ein Arbeiter wurde getötet und andere verwundet. Die Polizei wurde alarmiert und nahm zahlreiche Verhaftungen vor. Die Arbeiter sind aber in die Fabrik eingedrungen und haben beschlossen, in der Fabrik zu bleiben. Seit dieser Zeit verlassen die Arbeiter die Hütte nicht mehr. Sie haben sich dort, so gut es ging, heimisch eingerichtet. Sie schlafen und essen in der Hütte und gehen nicht nach Hause. Wie und was sie essen, danach soll man nicht fragen. Jedenfalls wurde eine gemeinsame Küche eingerichtet und es wird für alle zusammen gekocht. Die Lebensmittel werden den Arbeitern aus der Stadt geschickt. Die Gewerkschaften haben diese Aufgabe auf sich genommen, aber sie entledigen sich der Aufgabe nicht am besten, denn die Mittel fehlen. Es haben sich sogar bürgerliche Vereine gefunden, die den Arbeitern Lebensmittel in die Hütte schicken. Viel braucht der Arbeiter nicht, denn er ist daran gewöhnt, ein bescheidenes Leben zu führen. Aber das Wenige kostet auch Geld. Geschlafen wird in den Hallen auf alten Arbeitskleidern. Gearbeitet wird natürlich nicht. Dieser Streik dauert schon drei Wochen, ohne daß ein Ende vorauszusehen ist. Der Direktor hat demissioniert, und die technischen Beamten verhandeln mit den Arbeitern, damit zwischen ihnen und den Streikenden eine „neutrale Zone" eingerichtet wird. Die Arbeiter haben das abgelehnt. Der Oberarbeitsinspektor Klott war schon einmal in Petrikau und hat mit den Arbeitern und der Verwaltung verhandelt. Die Verwaltung stellt jedoch die Bedingung, die Arbeiter sollen die Hütte sofort verlassen, denn anders verhandelt sie nicht. Die Arbeiter stellten wieder die Bedingung, die Verwaltung soll den Lohnabbau zurückziehen, denn sonst verlassen sie die Hütte nicht. Somit sind die Verhandlungen gescheitert, und dieser eigenartige Streik dauert weiter an. In Dombrowa-Gornicza wollen die Arbeitgeber mit den Arbeitern erst dann verhandeln, wenn sie zur Arbeit kommen und in Petrikau wollen die Arbeitgeber mit den Arbeitern erst dann verhandeln, wenn sie die Hütte verlassen. **Wie das so kommt! Das, was hier als** Bedingung gilt, wird in Petrikau als Verbrechen angesehen.

Das schlesische Budget in der Kommission bewilligt

Die Budgetkommission des Schlesischen Sejms schloß in der Mittwochsitzung ihre Arbeiten ab und nahm das Projekt des schlesischen Finanzschatzes in dritter Lesung an, über welches der Abg. Dr. Chmielewski referierte. Im Verlauf der Sitzung wurde noch für das Kattowitzer Mittelschulwesen eine Subvention von 70 000 Zloty gewährt und der Fonds für die Volksschulen um 80 000 Zloty erhöht, weiter wurden, zu Händen des Wojewodschaftsrat, 30 000 Zloty zur Verfügung gestellt, aus welchen ein eventueller Ausgleich der Bezüge für die letzthin gekürzten Gruppen 14, 15 und 16, denen die 20prozentige Wojewodschaftszulage gestrichen wurde, zustande kam. Abg. Syska referierte auch noch über verschiedene Verbesserungen im Sanierungsprojekt für Lehrer und in der Lehrerversorgungsnovelle.

Demnach beträgt das schlesische Budget in der Ausgabe 83 414 484,52 Zloty, dem eine Einnahme von 83 421 576,50 Zloty gegenübersteht, in der auch aus der Wojewodschaftsdruckerei ein Gewinn, von 42 500 Zloty, mitenthalten ist.

Das Plenum des Schlesischen Sejms wird voraussichtlich am Dienstag zusammentreten und das Budget in der Form der Kommissionsbeschlüsse annehmen.

Aus der Sozialkommission

Die Sozialkommission beschäftigte sich auf ihrer Mittwochsitzung zunächst mit der Resolution des Korfantyklubs, der dagegen Protest erhebt, daß, trotz der Versicherungen beim Schiedsspruch über den Lohnabbau im Bergbau, weitere Reduzierungen und Betriebsschließungen erfolgen und fordert von der Regierung Maßnahmen, zur Unterbindung der Krise. An dieser Sitzung nahm auch der Demobilmachungskommissar Maske teil und gab ein Bild der Abbaupläne der Bergbaumagnaten. Er bestätigte nur das Bild, welches der „Volkswille" in seinen zahlreichen Artikeln hervorhob, daß wir noch nicht am Ende der Stillegungen sind. Als der Demobilmachungskommissar die verschiedenen Anträge, auf Entlassung der Bergarbeiter ablehnte, etwa 6500 Personen, gehen die Bergherren dazu über, einfach Betriebsstillegungen anzumelden, gegen die der Demobilmachungskommissar nichts gesetzlich unternehmen kann. Auch die Kommunalisierung ist diskutiert worden, und bei dieser Gelegenheit stellte der Sanacjaabgeordnete Fesser fest, daß der Delegation von Bergarbeitern in Warschau, der Minister Hubicki erklärt hat, daß sich die Regierung eventuellen Enteignungswünschen, zugunsten der Kommunen, nicht anschließen kann, weil sonst die Bergwerksmagnaten mit der Schließung aller Gruben drohen. Mit einer Verbesserung des Antrages des Korfantyklubs, daß die Regierung die Rechte des Demobilmachungskommissars erweitern solle, den die Sanatoren stellten, wurden der Antrag angenommen, an der Debatte beteiligten sich die Abg. Sikora, Sosinski, Kapuszynski, Fesser, Kowoll und Frank. Das Gesetz, betreffend den Jugendschutz, welches in ganz Polen gilt und auch auf Oberschlesien ausgedehnt werden soll, wurde abgelehnt, weil dieses Gesetz zum Teil eine Verschlechterung der Situation in Oberschlesien bringen würde. Die Kommission ist der Ansicht, daß der Arbeitsinspktor nur die vorhandenen Gesetze zur Geltung bringen soll, dann haben wir genügend Jugendschutz. Drei Petitionen, betreffend die Schließung des Paruschowitzer Walzwerks, sind als Material dem Demobilmachungskommissar überwiesen worden.

Der Proteststreik in der Schlesischen Wojewodschaft

13 Gruben haben gestreikt — Auch die Bismarckhütte hat gestreikt — Der Streik im Teschener Gebiet Blutiger Tag in Saybusch — Streikzusammenbruch in Chrzanow — 25 proz. Lohnabbau in den Eisenhütten

Der von den Klassenkampfverbänden angekündigte Proteststreik, kann leider nicht als gelungen betrachtet werden. Etwa der 10. Teil der Bergarbeiter ist zur Arbeit nicht erschienen, hat mithin gestreikt. Auf 14 Gruben wurden absichtlich Feierschichten angelegt, um dem eventuellen Streik zu begegnen. 15 Gruben haben normal gearbeitet und auf

13 Gruben haben die Belegschaften ganz bezw. teilweise gestreikt.

Von den 70 000 Bergarbeitern, die im Produktionsprozeß stehen, haben 9 bis 10 Arbeiter gestreikt. Auf der Königsgrube haben 320, Knurowgrube 559, Wawelgrube 1 707, Friedensgrube 456, Dubenskogrube 840, Oheimgrube 1 082, Maxgrube 349, Giesche 117, Boerschacht 581, Brade I 298, Alexandergrube 333, Paulgrube 200, Mathilde-Ost 68, Mathilde-West 286 Arbeiter gestreikt. Feierschichten wurden angelegt: Andalusien-, Helene-, Scharley-, Cecylia-, Emma-, Blücher-, Charlotten-, Hoym-, Rymer-, Myslowitz-, Hillebrandt-, Ferdinand-, Gräfin-Laura- und Eminenzgrube. Auf diesen Gruben wäre sicherlich der Proteststreik ausgebrochen.

Die Bismarckhütte hat voll gestreikt, desgleichen auch die Falvahütte.

Insgesamt waren in den beiden Hütten gegen 2000 Arbeiter an dem gestrigen Proteststreik beteiligt.

Außerdem haben noch die Nickelwerke (34 Mann) in Paruschowitz gestreikt.

Von den 120 000 Arbeitern im schlesischen Industriegebiet haben gegen 13 000 Arbeiter gestreikt.

Proteststreik in Teschen-Schlesien.

In Bielitz-Biala war der Streik ziemlich allgemein. In der Textilindustrie haben etwa 70 Prozent der Arbeiterschaft an dem Proteststreik teilgenommen. Vormittag haben auch die Straßenbahner gestreikt und die Autobusse sind nicht ausgefahren. Saybusch (Zywiec), das nicht weit von Bielitz entfernt liegt,

kam es gestern zu blutigen Zusammenstößen zwischen streikenden Arbeitern und der Polizei,

Vor der Starostei hat sich eine große Masse Arbeiter versammelt, die gegen die Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung protestierten. Gegen die Arbeiter wurde die Feuerwehrspritze aufgestellt, aber diese Mittel haben versagt.

Die Polizei feuerte zuerst eine Salve in die Luft und dann zwei Salven in die Arbeiter. Vor der Starostei blieben zwei Arbeiter tot liegen.

Zwei weitere Arbeiter wurden schwer verwundet und ins Krankenhaus geschafft. Leichtere Verwundungen erhielten eine Reihe von Arbeitern. 4 Polizisten haben leichtere Verwundungen erlitten. Nach Saybusch rückte eine Kompagnie Infanterie ein und die Polizei wurde verstärkt.

Der Proteststreik in Dombrowa Gornicza.

In Dombrowa Gornicza war der Proteststreik allgemein gewesen. Alle Gruben, selbst jene, die dem Arbeitgeberverband nicht angehören, haben gestreikt. Der Verlauf des Streiks war ruhig. Für gestern waren zahlreiche Versammlungen angekündigt, die jedoch durch die Polizei verhindert wurden. In dem Ortsteil Kazimierz haben sich gegen 300 Arbeiter vor der Grube, gleichen Namens, angesammelt. Auch zwei Polizisten haben sich eingefunden, die von den Arbeitern umringt wurden. Die Polizisten gaben mehrere Schüsse in die Luft ab, woraufhin eine Polizeiabteilung erschien und die beiden aus der Bedrängnis befreite.

Der Bergarbeiterstreik in dem Chrzanower Kohlengebiet ist zusammengebrochen.

Die Belegschaften aller Gruben sind gestern zur Arbeit erschienen. In Dombrowa Gornicza hat diese Tatsache auf die streikenden Bergarbeiter deprimierend gewirkt, weil sie in ihrem heroischen Kampfe von allen Grubenarbeitern verlassen wurden.

Ein 25 prozentiger Lohnabbau in den schlesischen Eisenhütten.

Der Arbeitgeberverband für die Eisenindustrie, hat gestern an die Arbeitergewerkschaften folgendes Schreiben gerichtet:

„Durch Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses vom 25. Januar d. Js. wurden die alten Löhne bis zum 31. März belassen. Hierdurch kündigen wir den Lohntarif zum 31. März d. Js. und schlagen eine

25 prozentige Lohnkürzung

vor. Die Einladung zu der Lohnverhandlung wird folgen."

Die Arbeitsgemeinschaft, sowohl für Bergbau, als auch für die Hüttenindustrie war bis jetzt immer sehr brav gewesen. Sie hat zugelassen, daß der Lohnkampf in der Eisenindustrie von dem Lohnkampfe der Bergarbeiter getrennt werden konnte. Das war ein taktischer Fehler, der sich an der Arbeiterschaft bitter rächen wird. Irgendwelcher Streik wurde abgelehnt, obwohl mit dem Streik ununterbrochen gedroht wurde. Jetzt zahlt die Arbeiterschaft die Kosten dieser Taktik.

Auch der Proteststreik wurde ohne weiteres abgelehnt und einzelne Führer der Arbeitsgemeinschaft taten so, als wenn der Proteststreik eine „kommunistische" Mache wäre. Sicherlich wäre der Proteststreik in unserer Wojewodschaft allgemein gewesen, wenn sich die Arbeitsgemeinschaft dem Streik angeschlossen hätte. Dafür bekommt jetzt die Arbeiterschaft ein Präsent von den Kapitalisten in Gestalt der 25prozentigen Lohnkürzung in der Eisenindustrie.

Gräfin Lauragrube kündigt 1480 Mann der Belegschaft

Trotz der verschiedensten Gespräche über die Ein- und Nichteinstellung der Gräfin Lauragrube, hat die Verwaltung am 15. d. Mts. der gesamten Belegschaft, 1 480 Mann, Kündigungen zum 31. März zugestellt. Diesem Vorgehen nach, müßte angenommen werden, daß die gesamte Anlage am 1. April zur Einstellung kommen wird. In Verbindung damit, wurde 1 380 Mann der Belegschaft und 120 Angestellten der Florentinengrube zum 31. März gekündigt. Beide Kohlengruben gehören zur Interessengemeinschaft.

Verständlicherweise wehren sich Arbeiter und Angestellten gegen die Einstellungen ihrer langjährigen Arbeitsstätten und legen schärfste Proteste in den Versammlungen ein. Derartige Versammlungen fanden dieser Tage statt und lösten größte Empörung über das brutale Vorhaben aus. Die Gemeinde Chorzow veranstaltete gleichfalls eine Protestversammlung, die von über 3000 Personen besucht war. Nach entsprechenden Referaten von Betriebsratsmitgliedern und anderen Bürgern der Gemeinde, gab Gemeindevorsteher Siwy bekannt, daß die Gemeindevertretung einstimmig beschlossen hat, im Falle der Stillegung, die Gräfin Lauragrube zu pachten und sie weiter zu führen. Wenn die Interessengemeinschaft es ablehnen sollte, die Grube zu verpachten, dann wird von der Regierung verlangt, daß sie enteignet wird. m.

Das Los der arbeitslosen Mieter der Skarboferm

Unter dieser Ueberschrift brachten wir in Nr. 144, vom 26. Juli 1931, einen Artikel, der sich gegen den Häuserverwalter Konopka richtete. Da der Autor dieses Artikels verstorben ist und man den Wahrheitsbeweis nicht erbringen kann, so bin ich vor Gericht auf eine friedliche Einigung eingegangen. Die Vorwürfe gegen Herrn Konopka ziehe ich zurück und leiste Abbitte.

Theodor Raiwa.

Beschäftigung jugendlicher Arbeitskräfte

Die schlesische Landwirtschaftskammer weist auf eine ministerielle Verordnung, betr. Beschränkungen bei der Beschäftigung jugendlicher Arbeitskräfte, innerhalb des Bereichs der Wojewodschaft Schlesien hin, welche im Regierungs-Amtsblatt vom 25 November 1931 veröffentlicht wurde. Allen interessierten Personen, so u. a. Berufsgärtnern, Inhabern von Blumengärtnereien usw., wird empfohlen, sich mit den geltenden Bestimmungen vertraut zu machen. Ein solches Amtsblatt liegt bei der Izba Rolnicza auf der ulica Juljusza Ligonia 36 in Kattowitz, zur öffentlichen Einsichtnahme aus. Dienststunden sind werktäglich, in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags und Sonnabend von 8 Uhr vormittags bis 1½ Uhr, nachmittags. y.

Weiterer Auswanderertransport nach Kanada

Im Monat Februar d. Js. ging, im Auftrage des Auswanderer-Syndikats, ein weiterer Auswanderertransport von 717 Personen nach Kanada, Brasilien, Argentinien, Frankreich und anderen ausländischen Gebietsteilen ab. Es handelt sich hierbei um solche Personen, welche in ihrer Heimat erwerbslos geworden sind und im Auslande einer Beschäftigungsmöglichkeit nachgehen wollen. y.

Kattowitz und Umgebung

Einem raffinierten Gaunerpaar zum Opfer gefallen.

Der Briefumschlag mit den Papierschnitzeln.

Auf dem Wege zum Deutschen Generalkonsulat in Kattowitz wurde die Arbeiterin Josefa Chonacki aus Zimnowoda, Kreis Czenstochau von einer Frauensperson angehalten, die ihr kurz vor dem Eingang zum Konsulat erklärte, daß sie ihr bei Beschaffung eines Auslandspasses gern behilflich sein wolle. Während des Gesprächs stellte sich eine Mannesperson ein, welchen die Unbekannte als den Leiter des Generalkonsulats bezeichnete und gleichzeitig bat, der Chonacki behilflich zu sein. Der Angeredete wandte sich nun an die Chonacki und ließ von dieser bestätigen, daß sie im Besitz von Geld sei. Danach forderte er die Ch. auf, einem Briefumschlag eine 10-Zloty-, sowie 20-Mark-Banknote beizulegen. In einem unbeachteten Moment nahm der Gauner das Geld heraus und füllte dieses mit einigen Papierfetzen, worauf er den Umschlag mit seinem wertlosen Inhalt der Chonacki übergab und diese ersuchte, im Gebäude des Generalkonsulats kurze Zeit zu warten. Das betrügerische Paar jedoch entfernte sich indessen eiligst. Erst später merkte die Chonacki, daß sie in arger Weise überlistet worden ist. Die Kattowitzer Kriminalpolizei warnt vor diesen Betrügern! x.

Die günstige Gelegenheit. Aus der Einfahrt des Hauses Nr. 15, auf der ulica Dworcowa in Kattowitz, wurde von einem unbekannten Täter das Herrenfahrrad Marke „Ebeco", Nr. 51090, im Werte von 200 Zloty, gestohlen. Vor Ankauf wird polizeilicherseits gewarnt! y.

getan, in der Meinung, daß erst der Boden der Republik gesichert werden muß, wenn man die Errungenschaften der Arbeiterschaft nicht nur erhalten, sondern festigen und ausbauen kann. Die Kommunisten haben, trotz der skrupellosen Agitation, gegenüber den Reichstagswahlen von 1930 ihre Stimmenzahl nur um knapp eine halbe Million Stimmen erhöhen können, sind gegenüber dem Radikalismus eines Hitler und seiner Trabanten ins Hintertreffen geraten, ihre Ankündigung, gegen 8 Millionen Stimmen zu erreichen und damit die Sozialdemokratie zu übertreffen, sind ins Wasser gefallen, trotzdem die Rosenfeld-Seydewitz-Richtung für Thälmann eifrig agitiert hat. Die Wählerschaft der deutschen Sozialdemokratie ist dem Ruf der Partei treu geblieben, sie hat ihr Vertrauen zur Führung nicht verloren. Das ist, trotz des gewaltigen Erfolges Hitlers, ein moralisches Plus für die Sozialdemokratie, das auch im Zentrum und in den demokratischen Parteien anerkannt wird.

Die Hoffnungen der Kommunisten und Hitlerianer, daß die radikale Arbeiterschaft nicht für Hindenburg eintreten wird, darum Hindenburg nicht die erforderliche Mehrheit erlangen kann, sind fehlgeschlagen, aber man darf wiederum nicht außer acht lassen, daß eine etwaige Wahl zum Reichstag den Kommunisten und Nationalsozialisten die absolute Mehrheit sichern würde. Nun sind beide Richtungen so politisch verblendet, daß sie reale Aufbaupolitik und vor allem Politik zur Befriedigung der Bedürfnisse weiter Volksschichten nicht treiben werden, auch darf man mit Sicherheit annehmen, daß beide nicht so bald, jedenfalls auf legalem Wege, zur politischen Macht kommen werden. Es liegt ja jetzt am Ausland, die Lehren aus der Reichspräsidentenwahl zu ziehen und Deutschland jene Entlastung zu bieten, damit der Radikalismus beseitigt werden kann, was nur möglich ist, wenn der radikalen Agitation der Boden entzogen wird, der auf Grund der internationalen politischen Spannung im Reich entstand. Ohne eine wirtschaftliche Besserung deutscher Verhältnisse ist, wie hier schon so oft dargelegt wurde, nicht daran zu denken, daß sich die gesamteuropäische Lage bessern kann. Und diese Entspannungsmöglichkeit liegt nicht im Bereich der deutschen Regierung, sie liegt in den Händen Frankreichs und Englands, und nicht zuletzt im Einfluß Amerikas, diese Tatsachen müssen immer wieder hervorgehoben werden, wenn man sich ein wirkliches Bild der Dinge machen will.

Die Reichsregierung hat, wie es heute heißt, den politischen Burgfrieden für die Zeit vom 20. März bis zum 3. April erklärt, also den Wahlkampf um fast 14 Tage verkürzt. Aber bald darauf kommen die Preußenwahlen, und hier wird man mit Ueberraschungen rechnen müssen. Was wird, wenn die Weimarer Koalition, die heute in Preußen regiert, im Wahlkampf geschlagen wird. Wird man dann in Preußen Hitler an die Macht lassen? Das ist wohl die entscheidende Frage, die zu stellen ist. Wir wissen ja, daß der ganze Kampf der Deutschnationalen und eines Teils der Deutschen Volkspartei, auf nichts anderes gerichtet ist, als auf die Ausschaltung des sozialdemokratischen Einflusses in Preußen. Wer Preußen hat, hat auch das Reich, erklären die Deutschnationalen, und nur aus diesem Grunde sind sie in die nationale Opposition mit Hitler eingegangen, um mit seiner Hilfe den angeblichen Todfeind Deutschlands zu schlagen, den Marxismus, der durch die Sozialdemokratie repräsentiert wird. Die Kommunisten sind, so erklärte ja Hitler wiederholt, für den Nationalsozialismus keine Gefahr, mit ihnen wird er fertig. Aber sein Kampf gilt den deutschen Arbeitern, die um die Gewerkschaften, die Sozialdemokratie und die Eiserne Front gesammelt sind. Daß diese Eiserne Front in ihrer Gesamtheit nicht daran denkt, Hitler zur Macht zu lassen, selbst, wenn er die „demokratische“ Mehrheit bei den Preußenwahlen erlangt haben sollte, ist wohl mehr, als gewiß. Hier wird auch die deutsche Sozialdemokratie vor das Problem der Diktatur gestellt, wenn sie durch demokratische Flausen nicht sich selbst und ihre Zukunft, das heißt, die deutsche Arbeiterklasse, der faschistischen Diktatur preisgeben will.

Wir sehen aus diesen kurzen Bemerkungen, daß der zweite Wahlgang um Hindenburg, das Problem nicht löst, sondern es, im Gegenteil, nur verschärft. Man mag politisch die kommenden Entscheidungen als eine Entspannung bezeichnen, sie sind es nicht, sie werfen wiederholt die Frage auf, soll der Faschismus die deutsche Arbeiterklasse und damit auch die Republik, vernichten, soll das Aufbauwerk einiger Jahrzehnte vernichtet werden oder muß der Diktatur des Faschismus eines Hitlers, rechtzeitig die Diktatur der Arbeiterklasse, das heißt, selbst mit den Kommunisten gegen Hitler, gesetzt werden? Hier haben die Zentrumsarbeiter mit, die Entscheidung, der Kampf beginnt um Preußen, die Wahl Hindenburgs tritt damit in die zweite Kampffront. Die Frage ist nur, ob sich auch das deutsche Bürgertum, welches für Hindenburg eingetreten ist, über diese Zukunftsfrage der Preußenwahlen Rechenschaft gibt. Es ist keine Entspannung eingetreten, die Extreme in Deutschland haben sich erst verschärft, ihre Entspannung und weitere Verwirrung tritt erst am 24. April in ganzer Tragik zum Ausdruck.

—ll.



Vergebliche Razzia nach dem Lindbergh-Baby in Hamburg

Ein Hamburger Kriminalbeamter, das falsche Lindbergh-Baby und dessen Pflegerin an Bord der „City of Baltimore“.

Nach einem Funkspruch der New Yorker Polizei sollte sich das geraubte Lindbergh-Baby an Bord des amerikanischen Passagierdampfers „City of Baltimore“ befinden. Kriminalbeamte begaben sich daher sofort nach der Ankunft des Ozeandampfers in Hamburg an Bord des Schiffes. Dort stellte sich aber heraus, daß das gemeldete Kind gar kein Junge sondern ein Mädchen war. Danach ist das Schiff noch einmal einer gründlichen Durchsuchung unterzogen worden, ohne daß es jedoch gelang, eine Spur des Babys aufzufinden.

Protest der Signatarmächte an Litauen

Drohung mit dem Haager Schiedsgericht — Deutscher Schritt in London

Genf. Die Regierungen der vier Unterzeichnermächte des Memelabkommens, England, Frankreich, Italien und Japan, haben, wie jetzt bekannt wird, am Dienstag den Gesandten Litauens in London davon in Kenntnis gesetzt, daß die vier Mächte die Absicht haben, in den nächsten Tagen einen gemeinsamen Schritt bei der litauischen Regierung zu unternehmen, bei dem nachdrücklich

auf die letzte Entschließung des Völkerbundsrates zur Memelfrage hingewiesen und von neuem die unbedingte Notwendigkeit der Bildung eines verfassungsmäßigen Direktoriums im Memelgebiet erklärt wird.

Die vier Unterzeichnerstaaten machen die litauische Regierung ausdrücklich darauf aufmerksam,

daß die eben vollzogene Bildung des Direktoriums im Memelgebiet in keiner Weise der letzten Ratsentscheidung des Völkerbundes entspricht und nicht als genügend angesehen werden kann.

Wenn nicht in kürzester Frist ein Direktorium gebildet wird, **das sich auf das Vertrauen der Mehrheit des Memel-Landtages** stützt, würden die vier Unterzeichnemächte gezwungen sein, den Fall unverzüglich vor **den Haager Gerichtshof zu bringen.**

Der Schritt der vier Mächte in Kowno steht unmittelbar bevor. Es wird angenommen, daß die vier Regierungen entweder eine gemeinsame Note oder getrennt gleichlautende Noten an die litauische Regierung senden werden. Die vier Regierungen beabsichtigen, die litauische Regierung zu ersuchen, umgehend Stellung dazu zu nehmen. Der Schritt der vier Mächte entspricht den von der deutschen Regierung in der letzten Zeit mehrfach unternommenen Vorstellungen bei den vier Unterzeichnermächten. In den deutschen Noten an die vier Mächte ist besonders darauf hingewiesen worden, **daß eine Auflösung des Memellandtages lediglich dazu führen werde, daß der gegenwärtige vertragslose Zustand und das verfassungswidrige Direktorium des litauischen Gouverneurs im Memelgebiet weiter aufrecht erhalten wird.**

Deutscher Schritt wegen Memel in London

London. Die deutsche Botschaft in London hat von den Berliner Stellen Anweisung erhalten, die Aufmerksamkeit der englischen Regierung auf die ernste Lage zu lenken, die durch die Ereignisse im Memelland entstanden ist. Schon am Anfang der Woche hat ein Vertreter der Botschaft deswegen im Außenamt vorgesprochen. Man erwartet nun, daß der deutsche Geschäftsträger, Graf Bernstorff, am Donnerstag die leitenden Persönlichkeiten in dieser Angelegenheit sehen wird.

Zusammenziehung russischer Truppen an der mandschurischen Grenze?

Tokio. Die japanische Presse bringt in großer Aufmachung weitere Meldungen über die Zusammenziehung russischer Truppen an der russisch-mandschurischen Grenze. Die Truppen sollen in der Richtung Olowjannaja-Mandschuria, ferner bei Grodekowo-Nikolsk Ussurisk, in der Richtung Pogranitschnaja und in der Gegend der Olga-Bucht bei Posjed im Küstengebiet zusammengezogen werden. Insgesamt sollen dort über 200 000 Mann mit zahlreichen Flugzeugen und Artillerie stehen. Ferner sollen schwere Batterien bei Wladiwostok aufgestellt worden sein.

Moskau. Die russischen amtlichen Stellen erklären, daß alle Nachrichten über angebliche Zusammenziehungen russischer Truppen an der russisch-mandschurischen Grenze nicht den Tatsachen entsprechen.

Kein Anschlag auf Hitler

Berlin. Zu der Meldung über einen Anschlag auf den D-Zug Kahla, in dem sich Adolf Hitler befand, wird von der Deutschen Reichsbahngesellschaft mitgeteilt, daß sich dieser Anschlag als sehr harmlos herausgestellt habe. Die Beschädigung der Fensterscheibe des D-Zug-Wagens sei auf einen Stein zurückzuführen. Anscheinend stamme diese Beschädigung von einem Fußballwettkampf, der in der Nähe stattgefunden habe.

Die entscheidenden Verhandlungen der Abrüstungskonferenz

Genf. Der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz hat auf Grund der Anfrage des amerikanischen Botschafters Gibson einstimmig beschlossen, daß nach der Wiederaufnahme der Arbeiten am 11. April in allererster Linie die entscheidenden Fragen der Abrüstung, somit die Fragen der Gleichberechtigung, der vollständigen Abrüstung oder lediglich der Herabsetzung der Rüstungen und die französischen Sicherheitsvorschläge behandelt werden sollen und daß die endgültige Entscheidung über die Hauptfrage ohne weitere Unterbrechung in fortlaufenden Sitzungen stattfindet. Durch diese Entschließung ist nunmehr der weitere Gang der Abrüstungskonferenz grundlegend geändert. Die bisherige Methode, die technischen Einzelausschüsse arbeiten zu lassen, ohne daß zu den Grundfragen der Abrüstung Stellung genommen wurde, ist durch diese Entschließung vollständig aufgegeben. Die Konferenz wird damit im April in ihre entscheidende Phase eintreten.

Südslawien gegen den französischen Donaubundplan

Belgrad. Das Blatt des Außenministers, die „Prawda“ berichtet aus Genf, daß der südslawische Außenminister Marinkowitsch dem französischen Ministerpräsidenten Tardieu mitgeteilt habe, daß Südslawien auf keinen Fall der Schaffung eines Vorzugszollbundes zwischen Oesterreich, Ungarn und der Tschechoslowakei zustimmen würde. Südslawien sei auch gegen die Vorzugszollverhandlungen Italiens, Oesterreichs und Ungarns. Für Südslawien sei es eine Lebensfrage, Absatzmärkte für seine landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu finden. Es sei daher der Ansicht, daß der derzeitige Zustand günstiger sei, als wenn eine enge Verbindung zwischen Prag, Wien und Budapest bestünde.

Zugleich berichtet die „Prawda“ über große Schwierigkeiten, auf die Tardieu in Genf gestoßen sei. Es könne keine Rede davon sein, daß sich der französische Plan in absehbarer Zeit verwirklichen lassen werde. Es bestünden in dieser Hinsicht noch immer dieselben Hindernisse, die seit 10 Jahren jeden Versuch einer Neuregelung der mitteleuropäischen Verhältnisse zum Scheitern gebracht hätten.

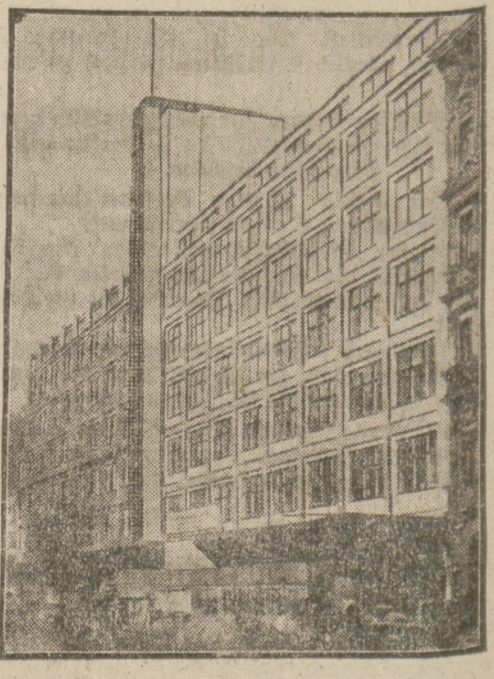
Gewaltiger Rückgang der amerikanischen Steuereinnahmen

Washington. Die Einkommensteuer in den Vereinigten Staaten weist für das Jahr 1931 einen Riesenrückgang auf. Finanzbeamte schätzen das Aufkommen aus der Einkommensteuer auf weniger als 1 Milliarde Dollar gegenüber 2⅕ Milliarden im Jahre 1930. Unter diesen Umständen wird mit einer Erhöhung des Fehlbetrages auf 2½ Milliarden Dollar bis Ende Juni gerechnet.



Selbstmord des amerikanischen Photokönigs

George R. Eastman, der Besitzer der bekannten Eastman-Kodak-Company, hat in einem Anfall von Schwermut Selbstmord begangen. Eastman hatte als Amateurphotograph seinen Ruhm durch die Erfindung der Trockenplatte begründet. Im Laufe der Jahre gelang es ihm, einen großen Konzern aufzubauen, der zur Zeit 25 000 Arbeiter beschäftigt. Eastman war vielfacher Millionär; er ist 77 Jahre alt geworden.



Die Arbeiterbank in Berlin fertiggestellt

Der große Neubau der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten in Berlin — der Bank der Freien Gewerkschaften — ist jetzt fertiggestellt worden.

Polnisch-Schlesien

Der Streik in Petrikau

In Petrikau, in Kongreßpolen, ist ein eigenartiger Arbeiterstreik ausgebrochen. Was Streik ist, das brauchen wir unseren Lesern nicht lange zu erklären, denn wir haben hier in dem Industriegebiet alle paar Tage einen Streik. Die Arbeiter beschließen in einer Belegschaftsversammlung den Streik, und den nächsten Tag kommen sie nicht zur Arbeit. Wenn sie aber in der Hütte bezw. in der Grube erscheinen, so gehen sie nicht an die Werkstelle, sondern verlassen bald den Betrieb. Vor dem Betrieb werden sehr oft Posten ausgestellt, die die „Arbeitswilligen" in den Betrieb nicht hereinlassen sollen. Das nennt man Streik.

In Petrikau befindet sich das Hüttenwerk „Hortensia", in welchem etwa 1000 Arbeiter beschäftigt sind, im Streik. Man hat dort, genau so wie bei uns, die Löhne abgebaut und die Arbeiter reduziert. Den Arbeitern war dies etwas zu viel des Guten und sie setzten sich zur Wehr. Den Lohnabbau haben sie abgelehnt und haben beschlossen, so lange nicht zu arbeiten, bis die Verwaltung sich entschließt, die alten Löhne wieder einzuführen. Das ist eigentlich der Streik, aber dieser Streik wurde nicht so ausgeführt, wie beispielsweise in Dombrowa-Gornicza. Die Arbeiter sind zur Arbeit gekommen, aber sie haben nicht gearbeitet. Sie gingen zur vorgeschriebenen Zeit zu Mittag und abends verließen sie die Hütte. Den nächsten Tag kamen sie wieder zur Arbeit, standen bei den Werkstellen, haben aber nicht gearbeitet. Der Direktor, ein gewisser Choistmann, hat angeordnet, daß die Arbeiter nachmittags in die Hütte nicht mehr hereingelassen werden dürfen. Das war vor etwa 10 Tagen der Fall. Als die Arbeiter nach dem Mittagessen den Fabrikhof betreten wollten, waren die Tore verschlossen, und der Portier erklärte, daß er niemanden hereinlassen werde, weil die Verwaltung das angeordnet hat. Die Arbeiter wollten in die Fabrik eindringen und stürmten die Tore. Es ist ihnen zwar gelungen, hineinzukommen, aber ein Portier hat den Revolver gezogen und schoß in die Menge. Ein Arbeiter wurde getötet und andere verwundet. Die Polizei wurde alarmiert und nahm zahlreiche Verhaftungen vor. Die Arbeiter sind aber in die Fabrik eingedrungen und haben beschlossen, in der Fabrik zu bleiben. Seit dieser Zeit verlassen die Arbeiter die Hütte nicht mehr. Sie haben sich dort, so gut es ging, heimisch eingerichtet. Sie schlafen und essen in der Hütte und gehen nicht nach Hause. Wie und was sie essen, danach soll man nicht fragen. Jedenfalls wurde eine gemeinsame Küche eingerichtet und es wird für alle zusammen gekocht. Die Lebensmittel werden den Arbeitern aus der Stadt geschickt. Die Gewerkschaften haben diese Aufgabe auf sich genommen, aber sie entledigen sich der Aufgabe nicht am besten, denn die Mittel fehlen. Es haben sich sogar bürgerliche Vereine gefunden, die den Arbeitern Lebensmittel in die Hütte schicken. Viel braucht der Arbeiter nicht, denn er ist daran gewöhnt, ein bescheidenes Leben zu führen. Aber das Wenige kostet auch Geld. Geschlafen wird in den Hallen auf alten Arbeitskleidern. Gearbeitet wird natürlich nicht. Dieser Streik dauert schon drei Wochen, ohne daß ein Ende vorauszusehen ist. Der Direktor hat demissioniert, und die technischen Beamten verhandeln mit den Arbeitern, damit zwischen ihnen und den Streikenden eine „neutrale Zone" eingerichtet wird. Die Arbeiter haben das abgelehnt. Der Oberarbeitsinspektor Klott war schon einmal in Petrikau und hat mit den Arbeitern und der Verwaltung verhandelt. Die Verwaltung stellt jedoch die Bedingung, die Arbeiter sollen die Hütte sofort verlassen, denn anders verhandelt sie nicht. Die Arbeiter stellten wieder die Bedingung, die Verwaltung soll den Lohnabbau zurückziehen, denn sonst verlassen sie die Hütte nicht. Somit sind die Verhandlungen gescheitert, und dieser eigenartige Streik dauert weiter an. In Dombrowa-Gornicza wollen die Arbeitgeber mit den Arbeitern erst dann verhandeln, wenn sie zur Arbeit kommen und in Petrikau wollen die Arbeitgeber mit den Arbeitern erst dann verhandeln, wenn sie die Hütte verlassen. Wie das so kommt! Das, was hier als Bedingung gilt, wird in Petrikau als Verbrechen angesehen.

Das schlesische Budget in der Kommission bewilligt

Die Budgetkommission des Schlesischen Sejms schloß in der Mittwochsitzung ihre Arbeiten ab und nahm das Projekt des schlesischen Finanzschatzes in dritter Lesung an, über welches der Abg. Dr. Chmielewski referierte. Im Verlauf der Sitzung wurde noch für das Kattowitzer Mittelschulwesen eine Subvention von 70 000 Zloty gewährt und der Fonds für die Volksschulen um 80 000 Zloty erhöht, weiter wurden, zu Händen des Wojewodschaftsrat, 30 000 Zloty zur Verfügung gestellt, aus welchen ein eventueller Ausgleich der Bezüge für die letzthin gekürzten Gruppen 14, 15 und 16, denen die 20prozentige Wojewodschaftszulage gestrichen wurde, zustande kam. Abg. Syska referierte auch noch über verschiedene Verbesserungen im Sanierungsprojekt für Lehrer und in der Lehrerversorgungsnovelle.

Demnach beträgt das schlesische Budget in der Ausgabe 83 414 484,52 Zloty, dem eine Einnahme von 83 421 576,50 Zloty gegenübersteht, in der auch aus der Wojewodschaftsdruckerei ein Gewinn von 42 500 Zloty, mitenthalten ist.

Das Plenum des Schlesischen Sejms wird voraussichtlich am Dienstag zusammentreten und das Budget in der Form der Kommissionsbeschlüsse annehmen.

Aus der Sozialkommission

Die Sozialkommission beschäftigte sich auf ihrer Mittwochsitzung zunächst mit der Resolution des Korfantyklubs, der dagegen Protest erhebt, daß, trotz der Versicherungen beim Schiedsspruch über den Lohnabbau im Bergbau, weitere Reduzierungen und Betriebsschließungen erfolgen und fordert von der Regierung Maßnahmen, zur Unterbindung der Krise. An dieser Sitzung nahm auch der Demobilmachungskommissar Maske teil und gab ein Bild der Abbaupläne der Bergbaumagnaten. Er bestätigte nur das Bild, welches der „Volkswille" in seinen zahlreichen Artikeln hervorhob, daß wir noch nicht am Ende der Stillegungen sind. Als der Demobilmachungskommissar die verschiedenen Anträge, auf Entlassung der Bergarbeiter ablehnte, etwa 6500 Personen, gehen die Bergherren dazu über, einfach Betriebsstillegungen anzumelden, gegen die der Demobilmachungskommissar nichts gesetzlich unternehmen kann. Auch die Kommunalisierung ist diskutiert worden, und bei dieser Gelegenheit stellte der Sanacjaabgeordnete Fesser fest, daß der Delegation von Bergarbeitern in Warschau, der Minister Hubicki erklärt hat, daß sich die Regierung eventuellen Enteignungswünschen, zugunsten der Kommunen, nicht anschließen kann, weil sonst die Bergwerksmagnaten mit der Schließung aller Gruben drohen. Mit einer Verbesserung des Antrages des Korfantyklubs, daß die Regierung die Rechte des Demobilmachungskommissars erweitern solle, den die Sanatoren stellten, wurden der Antrag angenommen, an der Debatte beteiligten sich die Abg. Sikora, Sosinski, Kapuszynski, Fesser, Kowoll und Frank. Das Gesetz, betreffend den Jugendschutz, welches in ganz Polen gilt und auch auf Oberschlesien ausgedehnt werden soll, wurde abgelehnt, weil dieses Gesetz zum Teil eine Verschlechterung der Situation in Oberschlesien bringen würde. Die Kommission ist der Ansicht, daß der Arbeitsinspektor nur die vorhandenen Gesetze zur Geltung bringen soll, dann haben wir genügend Jugendschutz. Drei Petitionen, betreffend die Schließung des Paruschowitzer Walzwerks, sind als Material dem Demobilmachungskommissar überwiesen worden.

Der Proteststreik in der Schlesischen Wojewodschaft

13 Gruben haben gestreikt — Auch die Bismarckhütte hat gestreikt — Der Streik im Teschener Gebiet
Blutiger Tag in Saybusch — Streikzusammenbruch in Chrzanow — 25 proz. Lohnabbau in den Eisenhütten

Der von den Klassenkampfverbänden angekündigte Proteststreik, kann leider nicht als gelungen betrachtet werden. Etwa der 10. Teil der Bergarbeiter ist zur Arbeit nicht erschienen, hat mithin gestreikt. Auf 14 Gruben wurden absichtlich Feierschichten angelegt, um dem eventuellen Streik zu begegnen. 15 Gruben haben normal gearbeitet und auf

13 Gruben haben die Belegschaften ganz bezw. teilweise gestreikt.

Von den 70 000 Bergarbeitern, die im Produktionsprozeß stehen, haben 9 bis 10 Arbeiter gestreikt. Auf der Königsgrube haben 320, Knurowgrube 559, Wawelgrube 1 707, Friedensgrube 456, Dubenskogrube 840, Oheimgrube 1 082, Maxgrube 349, Giesche 117, Boerschacht 581, Brade I 298, Alexandergrube 333, Paulgrube 200, Mathilde-Ost 68, Mathilde-West 286 Arbeiter gestreikt. Feierschichten wurden angelegt: Andalusien-, Helene-, Scharley-, Cecylia-, Emma-, Blücher-, Charlotten-, Hoym-, Rymer-, Myslowitz-, Hillebrandt-, Ferdinand-, Gräfin-Laura- und Eminenzgrube. Auf diesen Gruben wäre sicherlich der Proteststreik ausgebrochen.

Die Bismarckhütte hat voll gestreikt, desgleichen auch die Falvahütte.

Insgesamt waren in den beiden Hütten gegen 2000 Arbeiter an dem gestrigen Proteststreik beteiligt.

Außerdem haben noch die Nickelwerke (34 Mann) in Paruschowitz gestreikt.

Von den 120 000 Arbeitern im schlesischen Industriegebiet haben gegen 13 000 Arbeiter gestreikt.

Proteststreik in Teschen-Schlesien.

In Bielitz-Biala war der Streik ziemlich allgemein. In der Textilindustrie haben etwa 70 Prozent der Arbeiterschaft an dem Proteststreik teilgenommen. Vormittag haben auch die Straßenbahner gestreikt und die Autobusse sind nicht ausgefahren. Saybusch (Zywiec), das nicht weit von Bielitz entfernt liegt,

kam es gestern zu blutigen Zusammenstößen zwischen streikenden Arbeitern und der Polizei.

Vor der Starostei hat sich eine große Masse Arbeiter versammelt, die gegen die Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung protestierten. Gegen die Arbeiter wurde die Feuerwehrspritze aufgestellt, aber diese Mittel haben versagt.

Die Polizei feuerte zuerst eine Salve in die Luft und dann zwei Salven in die Arbeiter. Vor der Starostei blieben zwei Arbeiter tot liegen.

Zwei weitere Arbeiter wurden schwer verwundet und ins Krankenhaus geschafft. Leichtere Verwundungen erhielten eine Reihe von Arbeitern. 4 Polizisten haben leichtere Verwundungen erlitten. Nach Saybusch rückte eine Kompagnie Infanterie ein und die Polizei wurde verstärkt.

Der Proteststreik in Dombrowa Gornicza.

In Dombrowa Gornicza war der Proteststreik allgemein gewesen. Alle Gruben, selbst jene, die dem Arbeitgeberverband nicht angehören, haben gestreikt. Der Verlauf des Streiks war ruhig. Für gestern waren zahlreiche Versammlungen angekündigt, die jedoch durch die Polizei verhindert wurden. In dem Ortsteil Kazimierz haben sich gegen 300 Arbeiter vor der Grube, gleichen Namens, angesammelt. Auch zwei Polizisten haben sich eingefunden, die von den Arbeitern umringt wurden. Die Polizisten gaben mehrere Schüsse in die Luft ab, woraufhin eine Polizeiabteilung erschien und die beiden aus der Bedrängnis befreite.

Der Bergarbeiterstreik in dem Chrzanower Kohlengebiet ist zusammengebrochen.

Die Belegschaften aller Gruben sind gestern zur Arbeit erschienen. In Dombrowa Gornicza hat diese Tatsache auf die streikenden Bergarbeiter deprimierend gewirkt, weil sie in ihrem heroischen Kampfe von allen Grubenarbeitern verlassen wurden.

Ein 25 prozentiger Lohnabbau in den schlesischen Eisenhütten.

Der Arbeitgeberverband für die Eisenindustrie, hat gestern an die Arbeitergewerkschaften folgendes Schreiben gerichtet:

„Durch Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses vom 25. Januar d. Js. wurden die alten Löhne bis zum 31. März belassen. Hierdurch kündigen wir den Lohntarif zum 31. März d. Js. und schlagen eine

25 prozentige Lohnkürzung

vor. Die Einladung zu der Lohnverhandlung wird folgen."

Die Arbeitsgemeinschaft, sowohl für Bergbau, als auch für die Hüttenindustrie war bis jetzt immer sehr brav gewesen. Sie hat zugelassen, daß der Lohnkampf in der Eisenindustrie von dem Lohnkampfe der Bergarbeiter getrennt werden konnte. Das war ein taktischer Fehler, der sich an der Arbeiterschaft bitter rächen wird. Irgendwelcher Streik wurde abgelehnt, obwohl mit dem Streik ununterbrochen gedroht wurde. Jetzt zahlt die Arbeiterschaft die Kosten dieser Taktik.

Auch der Proteststreik wurde ohne weiteres abgelehnt und einzelne Führer der Arbeitsgemeinschaft taten so, als wenn der Proteststreik eine „kommunistische" Mache wäre. Sicherlich wäre der Proteststreik in unserer Wojewodschaft allgemein gewesen, wenn sich die Arbeitsgemeinschaft dem Streik angeschlossen hätte. Dafür bekommt jetzt die Arbeiterschaft ein Präsent von den Kapitalisten in Gestalt der 25prozentigen Lohnkürzung in der Eisenindustrie.

Gräfin Lauragrube kündigt 1480 Mann der Belegschaft

Trotz der verschiedensten Gespräche über die Ein- und Nichteinstellung der Gräfin Lauragrube, hat die Verwaltung am 15. d. Mts. der gesamten Belegschaft, 1 480 Mann, Kündigungen zum 31. März zugestellt. Diesem Vorgehen nach, müßte angenommen werden, daß die gesamte Anlage am 1. April zur Einstellung kommen wird. In Verbindung damit, wurde 1 380 Mann der Belegschaft und 120 Angestellten der Florentinengrube zum 31. März gekündigt. Beide Kohlengruben gehören zur Interessengemeinschaft.

Verständlicherweise wehren sich Arbeiter und Angestellten gegen die Einstellungen ihrer langjährigen Arbeitsstätten und legen schärfste Proteste in den Versammlungen ein. Derartige Versammlungen fanden dieser Tage statt und lösten größte Empörung über das brutale Vorhaben aus. Die Gemeinde Chorzow veranstaltete gleichfalls eine Protestversammlung, die von über 3000 Personen besucht war. Nach entsprechenden Referaten von Betriebsratsmitgliedern und anderen Bürgern der Gemeinde, gab Gemeindevorsteher Siwy bekannt, daß die Gemeindevertretung einstimmig beschlossen hat, im Falle der Stillegung, die Gräfin Lauragrube zu pachten und sie weiter zu führen. Wenn die Interessengemeinschaft es ablehnen sollte, die Grube zu verpachten, dann wird von der Regierung verlangt, daß sie enteignet wird. m.

Das Los der arbeitslosen Mieter der Skarboferm

Unter dieser Ueberschrift brachten wir in Nr. 144, vom 23. Juli 1931, einen Artikel, der sich gegen den Häuserverwalter Konopka richtete. Da der Autor dieses Artikels verstorben ist und man den Wahrheitsbeweis nicht erbringen kann, so bin ich vor Gericht auf eine friedliche Einigung eingegangen. Die Vorwürfe gegen Herrn Konopka ziehe ich zurück und leiste Abbitte.

Theodor Raiwa.

Beschäftigung jugendlicher Arbeitskräfte

Die schlesische Landwirtschaftskammer weist auf eine ministerielle Verordnung, betr. Beschränkungen bei der Beschäftigung jugendlicher Arbeitskräfte, innerhalb des Bereichs der Wojewodschaft Schlesien hin, welche im Regierungs-Amtsblatt vom 25. November 1931 veröffentlicht wurde. Allen interessierten Personen, so u. a. Berufsgärtnern, Inhabern von Blumengärtnereien usw., wird empfohlen, sich mit den geltenden Bestimmungen vertraut zu machen. Ein solches Amtsblatt liegt bei der Izba Rolnicza auf der ulica Juljusza Ligonia 36 in Kattowitz, zur öffentlichen Einsichtnahme aus. Dienststunden sind werktäglich, in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags und Sonnabend von 8 Uhr vormittags bis 1½ Uhr, nachmittags. y.

Weiterer Auswanderertransport nach Kanada

Im Monat Februar d. Js. ging, im Auftrage des Auswanderer-Syndikats, ein weiterer Auswanderertransport von 717 Personen nach Kanada, Brasilien, Argentinien, Frankreich und anderen ausländischen Gebietsteilen ab. Es handelt sich hierbei um solche Personen, welche in ihrer Heimat erwerbslos geworden sind und im Auslande einer Beschäftigungsmöglichkeit nachgehen wollen. y.

Kattowitz und Umgebung

Einem raffinierten Gaunerpaar zum Opfer gefallen.

Der Briefumschlag mit den Papierschnitzeln.

Auf dem Wege zum Deutschen Generalkonsulat in Kattowitz wurde die Arbeiterin Josefa Chonacki aus Zimnowoda, Kreis Czenstochau von einer Frauensperson angehalten, die ihr kurz vor dem Eingang zum Konsulat erklärte, daß sie ihr bei Beschaffung eines Auslandspasses gern behilflich sein wolle. Während des Gesprächs stellte sich eine Mannesperson ein, welchen die Unbekannte als den Leiter des Generalkonsulats bezeichnete und gleichzeitig bat, der Chonacki behilflich zu sein. Der Angeredete wandte sich nun an die Chonacki und ließ von dieser bestätigen, daß sie im Besitz von Geld sei. Danach forderte er die Ch. auf, einem Briefumschlag eine 10-Zloty-, sowie 20-Mark-Banknote beizulegen. In einem unbeachteten Moment nahm der Gauner das Geld heraus und füllte dieses mit einigen Papierfetzen, worauf er den Umschlag mit seinem wertlosen Inhalt der Chonacki übergab und diese ersuchte, im Gebäude des Generalkonsulats kurze Zeit zu warten. Das betrügerische Paar jedoch entfernte sich indessen eiligst. Erst später merkte die Chonacki, daß sie in arger Weise überlistet worden ist. Die Kattowitzer Kriminalpolizei warnt vor diesen Betrügern! z.

Die günstige Gelegenheit. Aus der Einfahrt des Hauses Nr. 15, auf der ulica Dworcowa in Kattowitz, wurde von einem unbekannten Täter das Herrenfahrrad Marke „Ebeco", Nr. 51090, im Werte von 200 Zloty, gestohlen. Vor Ankauf wird polizeilicherseits gewarnt! y.

Auf der Straße angefallen. Der Hedwig Schmitke wurde von einem etwa 25jährigen Täter auf der ulica Astrow in Kattowitz ein Damenhandtäschchen entrissen, welches ein Theaterglas in Goldeinfassung, einen verbilligten Kinoausweis, ein ledernes Notizbuch und ein Los der „Loterja Panstwowa“ Nummer 63 461, schließlich eine Zigarettendose und andere kleinere Wertgegenstände, enthielt. Es gelang dem Täter, zu entkommen. x.

Königshütte und Umgebung

Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten.

Mit der immer größer werdenden Notlage der breiten Bevölkerungsschichten, macht sich auch die Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten überall stark bemerkbar. Die bisherige Geschlechtsabteilung im städtischen Krankenhause langt schon bei weitem nicht aus, um alle Kranken aufnehmen zu können. Aus diesem Grunde haben die städtischen Körperschaften, das unweit des Krankenhauses gelegene frühere Schlafhaus der Königshütte für einen Kaufprens von 135 000 Zl. erworben, um daselbst eine gesonderte Geschlechtskrankenabteilung einzurichten. Leider konnte dieses Vorhaben immer noch nicht durchgeführt werden, weil in dem angeführten Hause, sich 14 Familien befinden und ihnen nicht so schnell andere Wohnungen zwecks Freimachung der Räume geboten werden können.

Nachdem nun der Stadt alljährlich durch die von der Polizei aufgegriffenen Geschlechtskranken und deren Behandlung ein Kostenaufwand über 150 000 Zloty entsteht, hat sich die Stadtverwaltung genötigt gesehen, andere Wege ausfindig zu machen, um dieser großen Belastung der städtischen Finanzen zu entgehen. Hinzu kommt noch, daß mit der Rückerstattung der Behandlungskosten in den seltesten Fällen zu rechnen ist, weil ein großer Teil der aufgegriffenen Geschlechtskranken, in der Hauptsache weibliche Personen, aus anderen Gegenden stammt und nach dem Gesetz immer dort behandelt werden müssen, wo sie aufgegriffen werden. Hier weist das Gesetz eine große Lücke auf und die sich schwer auf die Stadtfinanzen auswirkt. Auf Grund der aufgenommenen Verhandlungen betreffend der Unterbringung der hiesigen Geschlechtskranken in andere Krankenhäuser, hat die Heilanstalt in Bendzin dem Magistrat die Mitteilung zukommen lassen, daß sie sich mit der Aufnahme dieser Kranken aus Königshütte einverstanden erklärt, wenn die Stadt Anteile des Bendziner Krankenhauses in Höhe von etwa 30 v. H. erwirbt. Auf diese Art würde die Stadt Mitbesitzerin des Bendziner Krankenhauses werden, und dies mit einem Betrage von 100 000 Zloty. Da aber der jährliche Betrag für die Behandlung der Geschlechtskranken über 150 000 Zloty ausmacht, so würde die Stadt dabei noch einen Gewinn erzielen. Der Magistrat hat zu diesem Vorschlag bereits Stellung genommen, auf dieses Angebot einzugehen. Schon in der nächsten Zeit, soll der Vertrag mit der Bendziner Krankenhausverwaltung abgeschlossen werden und mit der Ueberführung der Königshütter Geschlechtskranken nach dorthin begonnen werden. Die im städtischen Krankenhause freigewordenen Räume, würden nach gründlicher Renovierung anderen Kranken zugänglich gemacht werden. m.

Verkehrsunfall. Gestern nachmittags bemerkte plötzlich der Kraftwagenführer Anton Deka auf der Kattowitzer Chaussee, wie ein angeheiterter Mann vom Fußweg abbog und sich direkt vor das Auto warf. Es gelang ihm zwar, den Wagen auf der Stelle zum Halten zu bringen und ein Unglück zu verhüten, aber im gleichen Augenblick kam ein Auto der Werkstättenverwaltung aus derselben Richtung heran und fuhr in den Wagen des D. hinein. Beide Fahrzeuge erlitten erhebliche Beschädigungen. m.

Ein Wechselbetrüger. Eine gewisse Frau Buchta aus dem Kreise Rybnik, kaufte vor einigen Monaten von einem Reisenden Ware für 90 Zloty. Da sie den Betrag nicht sofort entrichten konnte, stellte ihr der Reisende zwei Wechsel über je 45 Zloty aus. In gewissen Abständen erschien der Reisende in ihrer Wohnung und erhielt gegen Aushändigung der Wechsel das Geld. Damit nahm die Frau die Angelegenheit als erledigt an, war aber umsomehr erstaunt, als ihr dieser Tage von einer Königshütter Bank die beiden Wechsel nochmals zur Bezahlung vorgelegt wurden. Die polizeiliche Untersuchung hat ergeben, daß der Reisende, der als ein gewisser Silberspitz ermittelt wurde, falsche Wechsel vorlegte und die Frau um diesen Betrag betrogen hat. m.

Nichtgelungener Fahrraddiebstahl. Gestern, in der 11. Vormittagsstunde, hatte ein hiesiger Bürger in der hiesigen Postanstalt zu tun und ließ sein Fahrrad am Bürgersteig stehen. Als er die Treppe bestieg und sich noch einmal umdrehte, sah er einen jungen Mann mit seinem Rade davonfahren. Es gelang ihm jedoch, diesen noch rechtzeitig zu fassen und ihn der Polizei zu übergeben. m.

Selbstversorger. In der letzten Nacht erbrachten Unbekannte den Keller des Mieters R. Jambor, an der ulica Piotra 24, und entwendeten 15 Flaschen selbstgemachten Wein. — Ein weiterer Einbruch wurde in die Kantine des Krugschachtes verübt. Eine größere Menge Zigaretten und Eßwaren fielen den Einbrechern in die Hände. m.

Der Einbruch durch die Scheibe. Gestern Nacht zertrümmerten Unbekannte die große Schaufensterscheibe des Geschäftslokals von Jakob Schwarz, an der ulica 3-go Maja 11, entwendeten drei große Ballen Stoff und verschwanden in unbekannter Richtung. m.

Chorzow. (Schwerer Wohnungseinbruch.) In den frühen Morgenstunden drangen Einbrecher in die Wohnung der Konstantine Gwozdz in Chorzow, ulica Wolnosci ein, und stahlen dort 247 Zloty in bar, ferner 10 Rentenmark, außerdem 3 Kleider, 3 lange Wolltücher, 2 leichtere Tücher, eine bunte Seidenschürze, 5 Damenhemden, 4 weiße Handtücher, 2 goldene Ringe, 2 Paar goldene Ohrgehänge, 2 Korallenschnüre, eine Verkehrskarte, ein Invaliditätsbuch, sowie ein Büchlein der Begräbniskasse, schließlich verschiedene andere Privatdokumente. Der entstandene Schaden soll 1000 Zloty betragen. x.

Siemianowitz

Die Arbeiter der Kesselfabrik Fitzner gegen den Turnusurlaub.

Ab 1. April sollen zirka 40 Arbeiter genannter Fabrik turnusmäßigen Urlaub auf unbestimmte Zeit erhalten. Die Arbeiter lehnen dies jedoch ab, weil sie befürchten, daß sie den Betrieb nicht mehr wieder sehen werden. Zu dieser Angelegenheit soll die, hierzu einberufene, Belegschaftsversammlung Stellung nehmen.

Vor einem neuen Versammlungsrecht in Polen

Der fleißige Warschauer Sejm und Senat — Das deutsche Versammlungsrecht war besser — Ausschaltung der Gerichte — Unbeschränktes Recht der Verwaltungsbehörden — Versäumnis der heutigen Opposition

Dem Parlamentsleben in Polen wird gegenwärtig nicht viel Aufmerksamkeit geschenkt. Das hat natürlich seine guten Gründe. Im Schlesischen Sejm z. B. können nur noch Resolutionen beschlossen werden, die wohl kaum bis Warschau gelangen und sonst in die Schubläden wandern. Im Warschauer Sejm wurde

große Arbeit geleistet

und was dort beschlossen wird, das gilt, wenigstens für die Opposition. Alles, was in den früheren Jahren versäumt wurde, wird jetzt eingeholt und es wird gegen das Volk, gegen die Opposition eingeholt. Bekanntlich setzt sich der polnische Staat aus drei verschiedenen Teilen, die drei verschiedenen Staaten angehörten, zusammen. In einem jeden Teil stehen ganz andere Gesetze in Kraft. Das, was bei uns gestattet ist, ja was Bürgerpflicht ist, ist in Kongreßpolen verboten. Ein solcher Zustand ist natürlich für die Dauer unerträglich und es war die erste Pflicht der gesetzgebenden Körperschaft gewesen, hier einzugreifen und

einheitliche Vorschriften für den ganzen Staat

zu schaffen. Manche Gesetze ließen sich natürlich nicht so schnell einführen, wie das bürgerliche Recht, die Prozeßordnung und das Strafgesetz. Daran mußte längere Zeit gearbeitet werden. Aber das Versammlungsrecht, Presserecht, Selbstverwaltungsgesetz u. a. könnte man schon eingeführt haben. Vor dem Maiumsturz hat man das versäumt und jetzt macht diese Arbeit die Sanacja. Sie hat im Warschauer Sejm und Senat eine Mehrheit und macht die Gesetze so, wie ihr das paßt. Die Opposition wird nicht befragt, im Gegenteil, man macht mit ihr kurzen Prozeß, d. h. läßt sie nur Erklärungen abgeben, oder läßt sie überhaupt nicht zum Worte kommen.

Die Sanacja arbeitet jetzt sehr fleißig, um das, was früher versäumt wurde, nachzuholen. Ein Gesetzesentwurf nach dem andern wird durchberaten und beschlossen und ehe man sich umsieht, zum Gesetz erhoben. Gewiß stimmt es, wenn gesagt wird, daß selbst das beste Gesetz für die „Katz“ ist,

wenn es gegen das Volk ausgelegt wird.

Das ist schon richtig, überhaupt wenn es sich um das Versammlungsrecht handelt. Wir haben in Oberschlesien ein preußischen Versammlungsrecht in Kraft, das genügend liberal ist, aber was nützt uns das liberale Gesetz,

wenn wir keine öffentlichen Versammlungen abhalten können.

Entweder geben uns die Gastwirte kein Versammlungslokal, weil sie um die Konzession zittern, oder man sprengt uns die Versammlung durch die Aufständischen. Vor den letzten Sejmwahlen konnten wir

keine einzige öffentliche Versammlung abhalten

und unsere Genossen standen unter dem schrecklichsten Terror der Aufständischen. Man konnte sich bis jetzt gegen eine falsche Auslegung des Gesetzes an das Gericht berufen, was aber in Zukunft nicht mehr möglich sein wird, weil nach dem neuen polnischen Gesetz, an dem der Senat gegenwärtig arbeitet,

die Gerichte ausgeschaltet bleiben

und alles in die Hände der Verwaltungsbehörden gelegt wird.

Und diese Verwaltung, die sorgt schon dafür, daß die Bürger wissen, wozu sie da ist. Nach dem alten preußischen Versammlungsrecht aus dem Jahre 1908, konnten Versammlungen jederzeit einberufen werden, ohne daß man die Polizei davon zu verständigen brauchte. Die Polizei hat aber eine gute Spürnase und sie erfährt von einer jeden Versammlung

und stellt sich selbstverständlich pünktlich zur Stelle, viel pünktlicher als die Versammlungsteilnehmer.

Dabei ist es gleichgültig, ob das eine Vereinsversammlung oder eine öffentliche Versammlung ist. Der Polizeibeamte darf zwar in das Versammlungslokal nicht herein, aber er weiß sich zu helfen.

Irgendwo an der Tür lauschen zwei Polizeiohren und blinzeln zwei Polizeiaugen,

um zu erfahren, was im Versammlungslokal gesprochen wird. Gesetz hat uns hier niemals vor einer ungesetzlichen Ueberwachung zu schützen vermocht.

Nach dem neuen Versammlungsrecht, das erst kommen wird, wird die Sache noch wesentlich schlimmer sein.

Alle öffentlichen Versammlungen werden angemeldet werden müssen und sie können von der Verwaltungsbehörde verboten werden. Unter die öffentlichen Versammlungen fallen auch Kongresse und Konferenzen, die nicht nur angemeldet, aber von der Polizei überwacht werden.

Sie müssen zwei Tage vor dem Stattfinden angemeldet werden und der Einberufer kann eine schriftliche Bescheinigung über die Anmeldung verlangen. Daß da einer oppositionellen Partei, die erdenklichsten Schwierigkeiten bereitet werden, liegt klar auf der Hand. Der überwachende Beamte wird jederzeit eingreifen, bezw. die Versammlung verbieten können, wenn nach seiner Auffassung etwas ungesetzliches ausgesprochen wird.

Der Vorsitzende, bezw. der Versammlungsleiter wird ebenfalls zur Verantwortung gezogen,

wenn etwas in der Versammlung vorfallen sollte, was nicht vorfallen darf, wenigstens nach der Auffassung der Polizei. Wir werden auf dieses famose neue Versammlungsrecht natürlich noch zurückkommen, wenn es so weit ist, daß es in Kraft treten wird.

Die Opposition hat im Sejm an den Beratungen des neuen Versammlungsrechtes nicht teilgenommen. Der Sejmmarschall Switalski hat ihr die Mitarbeit unmöglich gemacht, weil er die Opposition gegen die Angriffe der Regierungsmehrheit nicht in Schutz nahm.

Die Opposition hat festgestellt, daß das alte preußische Versammlungsrecht, das angeblich gegen Polen gerichtet war, viel liberaler und fortschrittlicher war, als das neue polnische Versammlungsrecht.

Dieses Gesetz liegt dem Senat vor, nachdem es vorher entsprechend zugeschnitten wurde. Es wird dies ein Gesetz

gegen die Opposition sein,

das den heutigen Zustand noch wesentlich verschlechtert. Das ist ja schließlich selbstverständlich, weil hier ein Gesetz von der Sanacjamehrheit geschaffen wird, die darauf bedacht ist, die Opposition mundtot zu machen.

Betriebsratswahl auf Richterschächte. Alle freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter, sowie alle Arbeiter, welchen an einer energischen Vertretung ihrer Interessen gelegen ist, wählen am 19., 20. und 21. März **nur die Liste des Bergbauindustriearbeiterverbandes, mit der Nr. 6.**

Betriebsratsneuwahlen im Knappschaftslazarett. Am Mittwoch, den 23. März, findet im Knappschaftslazarett die diesjährige Betriebsratswahl statt.

Wieder ein Ueberfall auf einsamer Chaussee. In der Nähe von Alfredschacht ist ein hiesiger Bürger, welcher von Kattowitz nach Siemianowitz ging, von zwei unbekannten Männern überfallen worden. Er erhielt einen Schlag mit einem schweren Gegenstand auf den Kopf, konnte sich jedoch zur Wehr setzen und schlug seine Angreifer mit seinem Eichenstock in die Flucht. Da die Räuber mithin nichts ausrichten konnten, verschwanden sie im nahen Wäldchen. Dies ist in kurzer Zeit der zweite Ueberfall auf dieser Strecke.

50-Groschen-Falschgeld. Diese Woche wurde von einem hiesigen Kaufmann von einem Kunden ein 50-Groschenstück eingenommen. Falschgeld ist jetzt also schon von allen Hartgeldsorten im Umlauf und man muß schon gut aufpassen, um nicht geschädigt zu werden.

Eine größere Summe Geldes gefunden. Auf dem Polizeikommissariat ist gestern früh eine größere Summe Geldes abgegeben worden, welches auf der ul. Sienkiewicza gefunden wurde. Der Verlierer kann seine Ansprüche daselbst, Zimmer 2, geltend machen.

Der Prozeß Orlik-Goretzki vor dem Appellationsgericht. Die Totschlagsaffäre Orlik wird in dieser Woche vor der Berufungsinstanz erneut aufgerollt. Bekanntlich hat der Staatsanwalt gegen das Urteil von 1½ Jahren für die Erschießung des Goretzki Berufung eingelegt.

Myslowitz

Die Steuerkraft der Myslowitzer Geschäftswelt.

Der Handel in Myslowitz geht ein. Ein Geschäft nach dem andern macht Pleite und dort, wo früher reger Handel und Treiben herrschte, sitzt wieder in aller Gemütsruhe der Flickschuster. In den übrigen Läden herrscht Kirchenruhe. Das das Geschäftsleben in Myslowitz vor einer Katastrophe steht, geht schon daraus hervor, daß die Stadt klagt, daß die Steuereinnahmen immer mehr zurückgehen und haben einen Stand erreicht, wie er sonst nirgends zu verzeichnen ist. In der letzten Budgetsitzung der Myslowitzer Stadtrada hat Bürgermeister Karczewski einige interessante Vergleiche über Steuereingänge in den einzelnen Stadtgemeinden herangezogen. Die Stadt Pleß, die doch nur 7000 Einwohner zählt, hat zweimal so viel an Einkommensteuer eingenommen als Myslowitz. Die Stadtgemeinde Nikolai sogar 4 mal so viel, Rybnik 7 mal so viel usw. Der Bürgermeister hat auf die Ursachen dieses Uebels hingewiesen und sie sind darin zu suchen, daß die Myslowitzer in Sosnowiec oder gar in Kattowitz einkaufen und die Myslowitzer Kaufleute haben das Nachsehen. Warum die Myslowitzer Bevölkerung nach Sosnowiec einkaufen geht, kann man sich leicht denken. Die Myslowitzer Kaufleute haben nicht verstanden, sich den Verhältnissen anzupassen. Sie bilden eine konservative Greislerkaste, die da meint, daß wir alle für sie arbeiten sollen. Nehmen wir die Kolonialkaufleute, die sich gerne „Kaufleute“ nennen, aber keine sind. Schickt man ein Kind in den Laden und läßt beispielsweise Zucker und Reibsand holen, so bringt das Kind den Reibsand aber keinen Zucker. Beim Reibsand verdient der Kaufmann viel, bim Zucker wenig und da lohnt sich es nicht, den Zucker erst auszuwiegen. Sie möchten am liebsten nur Kaffee und Tee verkaufen. Streichhölzer lohnt sich auch nicht zu führen, weil das nichts einbringt. Jedem Kaufenden sagt das der Kaufmann, daß er dabei nichts verdient, als wenn das kaufende Publikum dazu da wäre, um dem Kaufmann seine Taschen zu füllen. Gehört haben wir noch nicht, daß die Kaufleute gegen die hohen Zucker- und Zündholzpreise protestiert hätten. Das fällt ihnen nicht ein.

Wie es mit den Fleischpreisen und den Wurstwaren ist, haben wir schon wiederholt berichtet und werden in einem besonderen Artikel der „löblichen“ Fleischerinnung auf ihre Kalkulation antworten, die sie in der „K. 3.“ veröffentlicht haben. Tatsache ist es, daß alle Myslowitzer, die in Kattowitz arbeiten, sich mit Fleisch und Wurstwaren in Kattowitz eindecken, denn dort werden sie viel besser und billiger bedient als in Myslowitz. Hier nimmt man für 1 Pfund Wurstabfälle 90 Groschen!

Das die Myslowitzer Brot in Modrzejow, oder in Sosnowice einkaufen, ist eine alte Tatsache. Man begegnet den armen Menschen bei Radocha, als sie manchmal, besonders nach dem Lohne 3—4 große Laibe Brot von drüben schleppen. Mit Textilware, Galanterie, Schuhen, ist es dasselbe. Jeder geht nach Sosnowice einkaufen, weil er dort besser bedient wird. Wir fragen, ob das so sein muß und ob die Myslowitzer Kaufleute sich den heutigen Verhältnissen nicht anpassen werden. In der Stadtrada hat man ihnen das ganz deutlich gesagt, aber es ist kaum anzunehmen, daß sie einem guten Rat zugänglich sind. Sie kaufen selbst alles in Sosnowitz ein, schlagen darauf einen hohen Prozentsatz und wollen, daß die Bevölkerung ihnen dann den Preis bezahlt. Der Arbeiter muß mit jedem Groschen rechnen und wäre auch dumm, wenn er für minderwärtige Ware aus Sosnowice um 20 Prozent teurer zahlen sollte, als in Sosnowiec. Der Sosnowitzer Kaufmann bringt die Ware nicht nur dem Myslowitzer Kaufmann auf dem Rücken, aber auch dem Arbeiter ins Haus. Faul sind unsere Kaufleute, faul und wild auf das Geld und wenn sie einen Kunden erwischen, den rupfen sie ihn gehörig. Jener, die sich rupfen lassen, wird immer weniger und der Kaufleute wird auch immer weniger. Deshalb der Ausfall an Steuereinnahmen. Den Magistrat trifft insofern die Schuld, als er sich um die Einhaltung der Höchstpreise niemals gekümmert hat. Er hat auch kein Recht, sich über den Ausfall von Steuern zu beklagen.

Nickischschacht. (Diebstähle.) Die grenzenlose Notlage der Erwerbslosen, führt viele auf Abwege. Kleine und größere Diebstähle sind heute auf der Tagesordnung. Außer kleineren

Diebstählen in Keller- und Bodenräumen, sind dieser Tage, eine große Anzahl von elektrischen Lampen aus vielen Fluren der Werkswohnungen entwendet worden. Obwohl die Polizei und die Feuerwehrposten den Dieben auf der Spur sind, konnte man ihrer nicht habhaft werden.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Nicht wünschen, sondern wollen!

Der Aktionsausschuß der Partei und Gewerkschaften, sowie der Kulturvereine, hielt am Sonntag in Schwientochlowitz eine Versammlung ab, an welcher die Funktionäre der deutschsozialistischen Arbeiterbewegung einen zahlreichen und lebhaften Anteil nahmen. Genosse Sejmabgeordneter **Kowoll** hielt einleitend einen ausführlichen Vortrag über Aufgaben und Ziele des Aktionsausschusses und betonte grundsätzlich, daß es sich hier nicht um irgendeine Neugründung handle, sondern um eine Vereinigung aller Bestrebungen der deutschen Arbeiterbewegung, die bisher eine Reihe von Veranstaltungen getrennt durchführen und diese nicht den gewünschten Erfolg bringen, weil die Kräfte so nutzlos vergeudet werden. Alle Bildungsbestrebungen müssen dem Bund für Arbeiterbildung untergeordnet werden, Partei und Gewerkschaften haben die ihnen organisatorisch zugeteilten Aufgaben zu lösen. Redner schilderte dann die politischen Ereignisse, gab einen Ueberblick über die innerpolitischen Bestrebungen der polnischen Diktatur und die Arbeiten der Sozialisten im Schlesischen Sejm. Redner ist der Ueberzeugung, daß es eine große Täuschung sei, wenn man sich dem Glauben hingebe, als wenn wir unmittelbar vor einer Revolution ständen. Wir berufen uns weniger auf Marx, haben aber immer im Sinne, nach marxistischen Grundsätzen zu handeln. In der Politik entscheiden nicht Wünsche, sondern das Wollen der Arbeiterklasse zur Macht zu gelangen. Hier müsse aber noch sehr viel Arbeit geleistet werden, wenn der Sozialismus ein führender Faktor in diesem Arbeiterland Oberschlesien sein soll, darüber soll man sich keinen Illusionen hingeben. Wir deutschen Arbeiter wollen und können unser Schicksal nur mit der Gesamtarbeiterbewegung verbinden, wobei wir keineswegs auf unsere kulturellen und nationalen Interessen zu verzichten brauchen. Diese unbehindert betreiben zu können, ist eben der Zweck der D. S. A. P., mit ihren übrigen Organisationen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen.

Abgeordneter Genosse **Kowoll** ging dann sehr ausführlich auf die Bedeutung der Jugendbewegung ein und forderte die anwesenden Jugendgewerkschaftler auf, nicht erst lange zu überlegen, sondern sofort zur Bildung einer Gruppe zu schreiten. In der Diskussion wurde über den Aufgabekreis sehr ausführlich gesprochen und schließlich eine Jugendgruppe begründet und deren Vorstand gewählt, wobei sich die älteren Genossen verpflichteten, der Jugend bei ihrer Arbeit und ihrem Werben behilflich zu sein. Nach mehrstündigen Beratungen, wurde die Versammlung mit unserem Gruß „Freundschaft" geschlossen.

Bismarckhütte. (Apothekendienst.) Den Dienst am Sonntag, den 20. d. Mts., Tag und Nacht, versieht die Marienapotheke. Desgleichen den Nachtdienst für die Woche vom 21. bis 26. d. Mts. einschl., versieht die Marienapotheke an der ul. Koscielna.

Bismarckhütte. (Von einem Straßenräuber mißhandelt.) Der Josef Waluga aus Bismarckhütte machte der Polizei darüber Mitteilung, daß er auf einem Feldwege in Bismarckhütte von einem Wegelagerer angefallen, sowie mißhandelt worden sei. Der Täter versetzte dem Ueberfallenen einen wuchtigen Schlag, so daß dieser zu Fall kam. Daraufhin versuchte der Wegelagerer, Waluga ein Paket mit Fleischwaren aus der Hand zu reißen, was ihm jedoch nicht gelang, da auf die Hilferufe hin, ein Passant hinzueilte, welcher, mit Hilfe des Ueberfallenen, den Täter festnahm und ihn später der Polizei übergab. x.

Bismarckhütte. (Kinderschänder an der Arbeit.) Noch ist der Fall Ceglarek kaum vergessen, und schon wieder sind zwei ähnliche Fälle zu verzeichnen. So wurde auf der ul. 16-go Lipca ein Mädchen von 7 Jahren von einem Mann in seine Wohnung gelockt und geschändet. Erst die Mutter wurde durch das weinende Kind aufmerksam, daß etwas geschehen ist, und das Kind erzählte dann auch den Vorfall. Auf der gleichen Straße ist ein gleiches Verbrechen an 3 Mädchen, im Alter von 8—10 Jahren passiert. Hier ist der Rohling ein 50jähriger Arbeiter, welcher schon längere Zeit „dieses Geschäft" betrieb. In beiden Fällen sind die Täter von der Polizei bereits in Haft genommen worden. Eltern, hütet Eure Kinder vor solcher Gefahr!

Bismarckhütte. (Gestohlen.) Dem Arbeiter Gödel Alfred, wohnhaft Kolonia Dworcowa, wurde während seiner Abwesenheit in die verschlossene Wohnung eingebrochen. Der Einbrecher nahm einen Anzug, im Werte von 160 Zloty, eine Schalldose, einen goldenen Trauring und verschiedene andere Gegenstände mit. Dieser Vorfall ist umso bedauerlicher, als Gödel arbeitslos ist.

Kochlowitz. (Freunde eines guten Tropfens.) Zur Nachtzeit drangen, durch ein Fenster, in das Restaurant des Bernhard Raiwa in Kochlowitz, Spitzbuben ein, welche eine größere Menge Flaschen enthaltend Branntwein und verschiedene Arten Liköre, entwendeten. Der Schaden soll 500 Zloty betragen. x.

Neudorf. (Anzugstoffe für 5 Tausend Zloty gestohlen.) In das Geschäft des Schneidermeisters Paul Pietruszka wurde ein schwerer Einbruch verübt. Die Diebe entwendeten mehrere Ballen blauen und schwarzen Anzugstoff im Gesamtwert von 5000 Zloty. x.

Pleß und Umgebung

Altberun. (Einbruch in ein Konfektionsgeschäft.) Durch den Kellerraum drangen Spitzbuben, zur Nachtzeit in das Konfektionsgeschäft des Augustin Bijok in Altberun ein und stahlen dort 5 Ballen weiße Leinwand, 30 Meter Barchent, 30 Meter Bettleinen, 5 Dutzend Socken, 3 Dutzend Damenstrümpfe, 2 Dutzend Wolltücher, 3 Dutzend Herrenhemden, 1 Dutzend Trikothemden, 2 Dutzend Hüte, 1½ Dutzend Herrenhandschuhe, 1½ Dutzend Mützen, im Gesamtwert von 2000 Zloty. Vor Ankauf wird gewarnt! x.

Emanuelssegen. (Der Typhusherd auf dem Bahnhof.) Der Ausflugsort Ems, besitzt einen alten, aber sehr schönen Bahnhof. Aber seit der Zeit, als die Eisenbahnarbeiter reduziert und die Bahnhofswirtschaft ein gewisser K. übernommen hat, läßt dort die Ordnung und Sauberkeit viel zu wünschen übrig. So befindet sich dort die Bedürfnisanstalt der Männer wie der Frauen in einem geradezu unglaublichen Zustande. Benutzen dieser Räume ist nicht denkbar. Ausflügler, die sich über den skandalösen Zustand ohne Erfolg beklagt haben, verrichten ihre Geschichte in dem nahen Wald. Auch die Beleuchtung läßt viel zu wünschen übrig. In diesen Räumen muß sofort Ordnung geschaffen werden, ehe es warm wird, denn sonst wird dort aus der Latrine ein richtiger Typhusherd. Schließlich muß sich dafür, im Interesse der Ausflügler und Gäste, auch der Bahnhofswirt kümmern. Also bitte! C.

Kostuchna. (60 Jahre.) Am Donnerstag, den 17. März 1932, begeht unsere liebe Genossin Gertrud Fitzke, ihren 60. Geburtstag. Genossin Fitzke ist langjähriges Mitglied der D. S. A. P. und Mitbegründerin unserer örtlichen Arbeiterwohlfahrt. In der Nähstube ist unsere Genossin Fitzke ebenfalls die strebsamste Teilnehmerin. Wir entbieten der Jubilarin die herzlichsten Glückwünsche zum Geburtstage und wünschen, daß sie noch recht lange unserer Bewegung erhalten bleibt.

Nikolai. (Was kommt zur Beratung?) Am Freitag, den 18. März, nachmittags um 6 Uhr, findet in Nikolai eine Stadtverordnetensitzung statt, welche eine Tagesordnung von 10 Punkten in der öffentlichen und von 9 Punkten in der vertraulichen Sitzung, zu erledigen hat. Es kommen zur Behandlung: Kenntnisnahme des Revisionsprotokolls der Stadtkasse für den Monat Februar, Bericht über die Schulkinderspeisung, Wahl eines Bezirksobmanns und Stellvertreters für den 11. Bezirk, Bestätigung der Gebührentarife im Städtischen Schlachthaus, Erhebung der Gebühren für die Märkte am Freitag, Erlöschen der Konzessionssteuer des Restaurateurs Paluch, Verteilung der freien Wohnungen im städtischen Beamtenhaus, ein Antrag des Josefsstift, Hypothekangelegenheit der Amalie Korscha, Vergebung von Arbeiten in der neuen Volksschule.

Nikolai. (Aus der Sitzung der technischen Kommission.) Am Dienstag tagte zum ersten Mal in diesem Jahre die technische Kommission der städtischen Betriebe. Es wurden folgende Angelegenheiten erledigt: Der Antrag des Hausbesitzers Plinte, auf Niederschlagung eines Betrages von 272 Zloty für Gasinstallation in seinem Gebäude, wurde abgelehnt, der Firma Smoczek wurden die alten Wasserleitungsröhren, zu 25 Groschen pro Kilogramm, überlassen, die in großen Mengen, in der Gasanstalt lagernden Teerprodukte, sollen bei 20prozentiger Ermäßigung der Marktpreise, abgesetzt werden, der Antrag des Schlachthofdirektors, auf Pflasterung des Hofes, wurde bewilligt, ein zweiter Antrag des gleichen Petenten, auf Ermäßigung des Wasserzinses, wurde abgelehnt, dem Antragsteller Pieprz wurde die Errichtung eines Magazins, zur Aufbewahrung der Rindhäute, bewilligt, bei der Verpachtung der Zelte in der Kühlhalle wird, außer dem Tarif, der Pachtzins bei den Monatsraten um 20 Prozent erhöht, so daß der 6. Monat der Sommersaison schon in den 5 Monaten bezahlt wird und zwar deswegen, weil die auswärtigen Fleischer die Kühlhalle nicht benutzen und der Betrieb dadurch geschädigt wird.

Rybnik und Umgebung

Knurow. (Jugendlicher Spitzbube.) Auf der Wohnung des Ziegeleimeisters Pelok in Knurow entwendete der 17jährige K. aus Knurow einen Projektionsapparat im Werte von 350 Zloty. Der Täter wurde ermittelt und der Apparat dem Geschädigten wieder zugestellt. x.

Pschow. (Die erste Sitzung der neugewählten Gemeindevertretung.) Vorgestern fand hier die erste Sitzung der neugewählten Gemeindevertretung statt. Die Gemeindeväter sind vollzählig erschienen, um die 18 Punkte enthaltene Tagesordnung zu erledigen. Nur der Gemeindevorsteher erschien nicht, da er krankheitshalber verhindert war. So wurde auch schon in der geheimen Sitzung ein Kampf um diesen Posten geführt, da man schon an sein Ableben denkt. Geleitet wurde die Sitzung vom ersten Schöffen. Nach Eröffnung und Verpflichtung der neuen Rada, schritt man zur Erledigung der Tagesordnung über. Die ersten 5 Punkte betrafen die Wahl der verschiedenen Kommissionen. Punkt 6 sollte der Strompreis erhöht werden. Der Vorstand setzte sich feste für eine Erhöhung ein. Die Gemeindevertreter wollten davon nichts wissen. Die Sache wurde vertagt. Alsdann wurden Mittel bewilligt, die den Brandschaden an der Schule beseitigen sollen. Ferner wurden 15 Zl. für zwei Waisenkinder aus der Gemeindekasse bewilligt. Der Vertreter der D. S. A. P., Genosse Ferdyjan legte dem Gemeindevorstand ans Herz, für diese Waisenkinder eine Unterstützung aus der „Akcja für die allerärmste Bevölkerung" zu sorgen, da die zwei Kinder für 15 Zloty nicht leben können. Der Gemeindevorstand lehnte dies ab, da man von der Starostei keine Mittel zur Verfügung bekommt. Pschow zählt mit den Ortsarmen über 300 Arbeitslose. Bei der Starostei sind nur 80 angemeldet. Da ist es eine Selbstverständlichkeit, daß man nicht so viel Mittel bekommen kann. Punkt 9 wurden einigen Ortsarmen Unterstützungen genehmigt. Der nächste Punkt brachte wieder eine kleine Aufregung, denn die regierungstreuen Vereine stellten einen Antrag auf Subvention für den Namenstag des Marschalls Pilsudski. Der Sanacjaschöffe R., der diesen Antrag einbrachte, bedauerte, nicht die Ehre zu haben, in dem Festkomitee zu sitzen. Er schlug vor, den Antrag in geheimer Sitzung zu beraten, damit die Bevölkerung nicht erfährt, wozu die Gemeinde Geld hat. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Es wurde beschlossen, an diesem Tage nur die Messe zu bezahlen. Wenn der Pschower Pfarrer etwas Liebe zum Marschall Pilsudski hat, so könnte er die Messe umsonst lesen, so daß die Gemeindekasse nichts zahlen müßte. Eine Unterstützung für uneheliche Kinder wurde nach einer längeren Debatte abgelehnt. Ein Antrag der Arbeitslosen um Bezahlung der Wohnungsmiete wurde in die geheime Sitzung verlegt. Der Zuhörerraum war mit diesem Antrag nicht zufrieden. Da man wissen wollte, wer für die Arbeitslosen was übrig hat. In der geheimen Sitzung wurden mehrere Punkte erledigt. So auch der Streit um den Posten des Gemeindevorstehers. *

Szczyglowitz. (Festnahme eines Schmugglers.) In der Nähe der Zollgrenze bei der Ortschaft Szczyglowitz wurde ein gewisser Roman Chluchnik aus Groß-Wilcza arretiert, welcher aus Deutschland mit Schmuggelware die grüne Grenze überschreiten wollte. Das Schmuggelgut wurde beschlagnahmt und gegen den Arretierten gerichtliche Anzeige erstattet. x.

Goethes letzte Liebe

Roman von Berthold Frucht

11)

Ulrike sah den Dichter groß an und deklamierte:

„Kein Wesen kann zu nichts zerfallen!
Das Ew'ge regt sich fort in allen,
Am Sein erhalte dich beglückt!
Das Sein ist ewig; denn Gesetze
Bewahren die lebend'gen Schätze,
An welchen sich das All geschmückt."

„Wie Sie sich in meinen Gedichten gut auskennen, mein liebes Töchterchen! Das freut mich! Das freut mich über alle Maßen, Ulrike", frohlockte Goethe.

„Sie werden diesmal, Herr Geheimbde Rat", nahm jetzt Frau von Levetzow das Wort, „mit Ihren Töchtern zufrieden sein. Sie kennen sich in Ihren Werken sehr gut aus, besonders Ulrike."

„Ich hatte vieles gutzumachen, vieles nachzuholen", gestand Ulrike und beteuerte: „Aber es war nicht meine Schuld, Herr Geheimbde Rat, daß mir bis vor nicht langer Zeit der größte deutsche Dichter unbekannt geblieben ist."

„Ich weiß es, Ulla", suchte sie Goethe zu besänftigen, „daß Sie, mein liebes Töchterchen, und Amelie in Straßburg in einem französischen Pensionat erzogen wurden, wo ihr beide wohl Racine, Molière, Voltaire und andere französische Poeten lesen mußtet, aber nichts von deutschen Dichtern vernahmt."

„Ich habe seither, Herr Geheimbde Rat, die Scharte weidlich ausgewetzt und neben den Werken anderer Dichter, wie Schiller, alle Ihre Werke, Herr Geheimbde Rat, mit Heißhunger verschlungen", erklärte Ulrike stolz.

„Auch ich, auch ich, Herr Geheimbde Rat, habe mich in Ihre Geisteswelt vertieft!" riefen Amelie und Bertha fast gleichzeitig.

„Schickt sich auch für deutsche Mädchen", sprach Goethe und setzte hinzu: „Die Deutschen müssen vorerst ihre eigenen Dichter kennenlernen. Nachher dürfen sie auch die fremden lesen."

„Aber Elsaß gehört zu Frankreich, und im Elsaß muß man vor allem die französische Literatur studieren", bemerkte Amelie.

„Auch die Elsässer werden bald deutsche Dichter lesen. Denn Elsaß ist eine deutsche Provinz und Straßburg eine deutsche Stadt", entgegnete Goethe und rief, während in seinen Adleraugen ein strahlender Seherblick aufleuchtete, begeistert aus: „Die Zeit ist nicht mehr weit, wo die Deutschen das geraubte Elsaß befreien und der deutsche Aar auf dem Straßburger Dom wieder Wache halten wird."

„Das walte Gott!" kam es wie ein Gebet über Ulrikes Lippen. „Möge das lateinische Sprichwort zum Wahrwort werden, das da lautet: poeta vates — der Dichter ist ein Seher!"

Goethe lenkte das Gespräch ab und beteuerte, wie er sich darüber freue, daß alle so gesund aussähen.

„Finden Sie wirklich, Herr Geheimbde Rat?" fragte Frau von Levetzow freudig.

„Gewiß, Frau Baronin!" erwiderte Goethe und fuhr, auf Ulrike blickend, fort: „Und wie gut mein liebes Töchterchen aussieht! Wie das liebe Leben! Wenn man Ulriken in ihrer Wangen holden Röte erblickt, lacht einem das Herz."

„Die Freude über das Wiedersehen mit Ihnen, Herr Geheimbde Rat", fiel Frau von Levetzow ein, „hat ihr das Blut ins Antlitz getrieben. Sonst sieht Ulla recht blaß aus."

„Eigentlich sieht mir Amelie auch ein bißchen blaß aus", bemerkte Goethe, Amelie fixierend.

„Amelie ist verliebt. Und Liebe bleicht die Wangen, sagt man, Herr Geheimbde Rat", kam es vorlaut aus Berthas Munde.

„Amelie verliebt? In wen?" wollte Goethe wissen.

„Sie ist in den Grafen Knobelsdorff verliebt", verriet Bertha lachend.

„Pfui! Bertha, wer wird solch ein Zeug zusammenschwätzen", wies sie Amelie zurecht.

Und Frau von Levetzow rief:

„Nein, was das Kleinchen erdichtet! Graf Knobelsdorff, ein sächsischer Offizier, macht Ulrike auf Leben und Tod den Hof."

„Ulrike? Und was sagt sie dazu?" fragte Goethe etwas erschreckt.

„Ulla will von dem Grafen nichts wissen", berichtete Frau von Levetzow.

Bei diesen Worten atmete Goethe erleichtert auf. Dann sagte er seelenvergnügt:

„Wie ich mich freue, wieder bei euch zu sein, meine Lieben! In eurer Mitte fühle ich mich wie neu belebt. Nun will ich mich des Beisammenseins freuen und meine Freude in vollen Zügen genießen. Nicht wahr, meine Lieben? Wir wollen lustig sein und uns des Lebens freuen. Es soll eine paradiesisch schöne Zeit werden."

Es klopfte an die Tür. Auf ein lautes „Herein!" des Herrn von Brösigke trat ein in übertrieben eleganter Uniform eines sächsischen Offiziers steckender junger Mann, mit einem goldgefaßten Kneifer auf der Nase, mit einem freundlichen Gruß ins Zimmer, küßte den Damen galant die Hände, verneigte sich vor Goethe und stellte sich in militärisch strammer Haltung vor: „Sekondeleutnant Graf Ode von und zu Knobelsdorff!"

„Goethe!" erwiderte der Dichter kurz.

„Aeh, der große Goethe! Sehr erfreut, Eure Exzellenz!" sagte der Graf und setzte lachend die Schmeichelworte hinzu: „Sie haben einen kurzen Namen und sind doch ein so großer Mann!"

„Ein so langer Mann — nicht wahr, Herr Sekondeleutnant?" höhnte Goethe.

„Wann sind Eure Exzellend in Marienbad eingetroffen?" wollte jetzt der Graf wissen.

„Heute mittag, Graf von und zu Knobelsdorff", erwiderte der Dichter, während der Graf „Sehr erfreut, sehr erfreut, Eure Exzellenz!" näselte.

Das also ist mein Nebenbuhler! Welch ein eitler, grüner Laffe!, dachte Goethe im stillen.

Er ließ den Grafen stehen und wandte sich wieder den Damen zu.

„So reden Sie doch mit dem Grafen einige Worte, Herr Geheimbde Rat!" bat Frau von Levetzow, sich mit dem Dichter in die Ecke des Salons zurückziehend.

„Der Graf ist mir höchst unsympathisch, meine Liebste", verriet ihr Goethe. „Und dann", setzte er eigensinnig hinzu: „Ich rede kein vernünftig Wort mit einem durch die Brille, durch diese Glasaugen, hinter denen man die natürlichen aufsuchen muß. Wer durch Brillen sieht, hält sich für klüger als er ist. Was habe ich von einen Menschen, dem ich bei seinen mündlichen Aeußerungen nicht ins Auge sehen kann und dessen Lebensspiegel durch ein Paar Gläser, die mich blenden, verschleiert ist?" —

„Der Graf ist kurzsichtig", suchte Frau von Levetzow den Grafen zu entschuldigen.

(Fortsetzung folgt.)

Bielitz, Biala und Umgegend

Bielitz und Umgebung

Stadttheater Bielitz.

Freitag, den 18. d. Mts., abends 8 Uhr, im Abonnement (Serie rot), zum ersten Male: „Sensation", Schauspiel von Galsworthy. Der berühmte Romanschriftsteller hat neben „Gesellschaft" (Loyalty) seinen größten Theatererfolg mit diesem Schauspiel „Sensation" errungen. Allein in Wien, am Modernen Theater, hat das Stück die sensationelle Aufführungsziffer von 150 Vorstellungen erreicht. Erstaunlich, wie Galsworthy mit den vornehmsten Mitteln solche Spannungen auf der Bühne erreicht.

Volksbühne Biala-Lipnik, veranstaltet am 1. Osterfeiertag, den 27. März 1932, um 6 Uhr abends, im Saale des Arbeiterheimes in Bielsko die Wiederholung der Operette „Wo die Lerche singt . . .", wozu alle Freunde und Gönner freundl. eingeladen werden. Nach Schluß der Operette Tanz. Regie: Gürtler A. Musikalische Leitung: Tadeusz Woliczko. Entree im Vorverkauf 1,50 Zloty, an der Kasse 2,00 Zloty, für Arbeitslose 1,00 Zloty.

Generalversammlung des sozialdem. Wahlvereines „Vorwärts" in Bielitz. Die diesjährige Generalversammlung der Lokalorganisation Bielsko fand am Sonntag, den 13. Feber l. Js. im Arbeiterheimsaale statt und war das Interesse an derselben sehr rege, was sich aus dem guten Besuche zeigte. Mit der Einleitung, daß das verflossene Jahr ein Krisenjahr und an wirtschaftlichen und politischen Ereignissen sehr reichhaltig war, der Vorstand somit mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, eröffnet der Vorsitzende um ¼4 Uhr die Generalversammlung, begrüßt alle Anwesenden und gibt die Tagesordnung bekannt. Vor Eingang der Tagesordnung widmet der Vorsitzende den Verstorbenen einen Nachruf, wobei dieser die Verdienste derselben hervorhebt und erheben sich zum Zeichen der Ehrung alle Anwesenden von den Sitzplätzen. Die Tagesordnung wird sodann zur Kenntnis genommen und es gelangt durch den Schriftführer das Protokoll der letzten Generalversammlung zur Verlesung, welches vollinhaltlich genehmigt wird. In ausführlicher Weise bringt der Obmann den Tätigkeitsbericht, aus welchem hervorgeht, daß der Vorstand eine sehr rege Tätigkeit entwickelte und sich speziell durch Beistellung finanzieller Mittel um den Ausbau der Kulturorganisationen Verdienste geschaffen hat. Der Bericht wird mit allgemeiner Befriedigung zur Kenntnis genommen. Es erstattet sodann der Kassierer den Bericht und gibt detailliert Aufschluß über die Kassengebahrung, sowie Markenumsatz und Mitgliederbewegung. Seitens der Revision wird zur Kenntnis gebracht, daß die Führung der Bücher und Belege überprüft und mit den Barbeständen in Uebereinstimmung befunden wurden und wird beantragt dem Kassierer, sowie auch dem Vorstande das Absolutorium zu erteilen, was einstimmig erfolgt. Zum 3. Punkte der Tagesordnung sprechen die Genossen des Gemeinderates und geben Aufschluß über die Tätigkeit und Stellungnahme im Gemeinderate, betreffend Regelung des Wasser- und Strompreises, der Einflußnahme auf Arbeitslosenunterstützung, soziale Fürsorge, Wohnungsbau, Schulwesen (Beistellung kostenloser Lehrmittel) und anderer Angelegenheiten, im Sinne der minderbemittelten Klasse der Bevölkerung und werden dem Klub Dank und Anerkennung ausgesprochen. Hierauf geht der Vorsitzende zum 4. Punkt der Tagesordnung über und vollzieht sich die Wahl des Vorstandes einstimmig und ohne Einwendung. Das Referat des Abg. Gen. Dr. Glücksmann betrifft die Tätigkeit unserer Abgeordneten im Schlesischen Sejm und schildert der Referent das infolge der geringen Vertretung gegebene schwierige Verhältnis, — da von sozialistischer Seite nur 3 Abgeordnete die Interessenvertretung der Arbeiterschaft zu verteidigen haben —, im Gegensatz zu den im Sejm stark vertretenen Parteien der gegnerischen Richtungen. Referent Gen. Dr. Glücksmann bringt Einzelfälle wie Besteuerung der Mieter, Schulbeschreibungsverordnung, Krankenkassenwesen, Reduzierung des Arbeitslosenfonds, Polizeisystems usw., den Anwesenden zur Kenntnis und berichtet in längerer Ausführung über die Stellungnahme unserer Genossen im Sejm zu diesen Problemen. In Würdigung der geschilderten Situation und Vorgangsweise wird Abg. Gen. Dr. Glücksmann Dank und Anerkennung ausgesprochen. Da unter Allfälligem keine besonderen Wortmeldungen vorliegen, richtet der Vorsitzende an die Anwesenden den Appell weiterhin der Partei Treue zu bewahren und die Bestrebungen der Partei zu fördern und schließt um 6 Uhr abends die Generalversammlung.

Die Märzfeier des Vereines Jugendlicher Arbeiter in Bielitz. Sonntag, den 13. März, um 7 Uhr abends, veranstaltete obiger Verein im Arbeiterheimsaale unter zahlreicher Beteiligung der Jugendlichen und deren Angehörigen ihre diesjährige Märzfeier. Die Festrede hielt Abg. Gen. Dr. Glücksmann. Seit der Märzrevolution sind 84 Jahre ins Land gezogen. Vor 1848 galt der Arbeiter nichts, er war Sklave der herrschenden Klasse. Die Arbeitszeit war unbegrenzt, man zahlte Hungerlöhne. Als das Volk wegen ihrer Notlage bei den Herrschenden vorstellig wurde, da gab man zur Antwort: Wenn es nicht mehr geht, da soll man es mit dem Gras versuchen. Das Volk wurde direkt verhöhnt. Solch eine Behandlung mußte selbstverständlich das geduldigste Volk in Aufruhr versetzen. Es waltete um diese Zeit die heilige Allianz in Europa, welcher Deutschland, Oesterreich und Rußland angehörten. An der Spitze dieser Bewegung, welche das Volk knebelte und unterdrückte, stand Metternich. Die kleinste Regung im Volke nach Freiheit wurde von den damaligen Herrschern im Keime erstickt. Jegliche Vereinstätigkeit war unterbunden. Da kam nun Ende Feberuar 1848 von Paris die Kunde, daß dort die Revolution ausgebrochen sei und die Herrschaft der Bourbonen gestürzt sei. Die Welle der Empörung und der Revolution ging über ganz Europa, zunächst erhob sich das Wiener Volk. Die Träger der Revolution waren Arbeiter, Studenten und Kleinbürger. Die Revolution erforderte viele Menschenopfer, doch gelang es, die Verfassung zu erzwingen, auch Presse-, Versammlungs- und Redefreiheit wurde teilweise gewährt. Parlamente mit Vertretung des Volkes wurden geschaffen, doch waren die Arbeiter dort sehr schwach vertreten, denn das Bürgertum fürchtete, daß das Privateigentum beseitigt werden könnte. Unter dem Volke war jedoch kein Versuch gemacht worden, die Errungenschaften der Revolution zu verteidigen und zu erhalten. Es ging vieles wieder verloren. Dieser Märzrevolution folgten noch mehrere nach. So die große Revolution in Frankreich im Jahre 1872, in Rußland 1905, die zweite große Revolution in Rußland 1917 und die jüngste Revolution in Spanien. Die Geschichte lehrt uns, daß die Opfer und Kämpfe der Märzgefallenen nicht vergebens waren. Heute bildet sich wieder so wie früher eine Allianz der Machthaber in Europa, um die aufstrebende Arbeiterklasse niederzuhalten. Mussolini in Italien hat den Anfang gemacht und hat Nachahmer bald in ganz Europa gefunden. Metternich fühlte sich damals mächtig, er wurde jedoch gestürzt, er mußte daran glauben, wie auch alle Machthaber daran werden glauben müssen, daß ihre Macht nicht ewig sein wird. Die Märzgefallenen müssen uns daher im Kampf um die Freiheit des Volkes Vorbilder sein, auch heute müssen wir unsere hart errungenen Rechte zu verteidigen wissen. Reichen Beifall erntete der Redner für seine Ausführungen. Anschließend gelangte ein Lichtbilderfilm zur Aufführung, welcher das Sturmjahr 1848 darstellte. Die Erläuterungen hierzu gab Gen. Boszczyk. Der Film zeigte insbesondere die heldenhaften Barrikadenkämpfe, die ersten Volksvertretungen und Führer der Volksbewegungen.

Der Generalstreik im Bielitz-Bialaer Industriegebiet

Der für den 16. März von der Zentralgewerkschaftskommission in Warschau proklamierte Generalstreik war im Bielitz-Bialaer Industriegebiet ein fast vollkommener. Trotz Konfiszierung der Aufrufe und des Flugblattes, trotz Verbot der Demonstrationsversammlung, des Umzuges und jeder Agitation, war die Arbeitsruhe eine fast allgemeine. Abgesehen von einigen Betrieben, in denen ganz Indifferente und Arbeiterverräter Streikbrecherdienste leisteten, war die Arbeitsruhe eine fast vollständige. Die elektrische Kleinbahn hat am Vormittag den Betrieb eingestellt, einige Geschäftslokale waren auch gesperrt. In ganzen Zügen zogen die Arbeiter gegen die Schießstätte, wo von den schlesischen Sejmabgeordneten Dr. Glücksmann und Machej Abgeordneten-Berichterstattungsversammlungen einberufen waren. Der große und der kleine Schießhaussaal, sowie alle Nebenräume waren vollgepfropft von Menschen. Aber noch immer fluteten ganze Züge von Arbeitern in den weiten Schießhauspark, der ein ganzes Menschenmeer darbot. Es fanden drei Versammlungen statt. Im großen Schießhaussaal referierte Gewerkschaftssekretär Rosner in polnischer Sprache, im kleinen Saal sprach Abgeordneter Dr. Glücksmann für die deutschsprechenden Arbeiter deutsch.

Der Redner erörterte zunächst den Zweck des eintägigen General-Proteststreikes, der trotz Behinderung durch die Polizei in unserem Industriegebiet als gelungen zu betrachten ist. Zu der Provokation der Unternehmer gesellt sich auch der Terror der übrigen Machthaber. Durch die Unfähigkeit der sogenannten „Wirtschaftsführer" wurde die ungeheure Wirtschaftskrise mit der riesigen Arbeitslosigkeit hervorgerufen. Nicht genug an dem, daß die Arbeiterschaft durch die Unfähigkeit der Kapitalisten in ihrer Lebensexistenz bedroht ist, wollen diese profitgierigen und ausbeutungslüsternen Unternehmer diese Not der Arbeiterschaft ausnützen und noch einen Extraprofit durch Lohnreduzierung für sich herausschlagen. Aber auch das genügt den Ausbeutern im Lewiatan noch nicht, sie möchten dem Arbeiter auch das letzte Hemd vom Leibe reißen, indem sie den Arbeitern alle sozialen Errungenschaften stark abbauen wollen. Lohnabbau, Kürzung der Urlaube und Arbeitslosenunterstützungen, Verlängerung der Arbeitszeit, starke Einschränkungen der Mitgliedsrechte in den Krankenkassen, das sind die provokatorischen Geschenke der Unternehmer an die Arbeiter. Mit diesen Mitteln wollen die kapitalistischen Wirtschaftsführer die morsche kapitalistische Wirtschaftsordnung zusammenleimen. Als Augenauswischerei und Täuschung der Oeffentlichkeit wollen die Nutznießer des heutigen Systems der Arbeiterschaft ein recht zweifelhaftes Gegengeschenk in Form einer völlig unzulänglichen Altersversicherung gewähren. Wann und ob die Arbeiter überhaupt in den Genuß einer Altersversicherung gelangen werden, ist heute noch nicht ersichtlich. Gegen alle diese Provokationen der Kapitalisten muß die Arbeiterklasse den energischsten Protest einlegen. Der heutige Generalstreik ist nur der Auftakt zu weiteren Auseinandersetzungen mit dem bankerotten Kapitalismus, welcher seine Herrschaft auf der größten Not und dem gräßlichsten Elend der arbeitenden Bevölkerung aufbauen will. Die Arbeiterschaft ist schon bis aufs Hemd ausgeplündert, nun möchte man ihm auch noch die Haut herunterreißen. Die Arbeiterschaft muß aber um ihre Existenz einen unermüdlichen Kampf führen, bis zur Niederringung des heutigen Wirtschaftssystems und Errichtung der soz. Wirtschaftsordnung. Lebhafter Beifall wurde dem Redner gespendet. Gen. Lukas brachte nun folgende Resolution zur Verlesung:

Resolution,

beschlossen bei der Demonstrationsversammlung der streikenden und arbeitslosen Arbeiter, welche am 16. März 1932 auf der Schießstätte in Bielsko stattfand.

Die Versammelten erklären einstimmig, daß die Wirtschaftskrise und die riesige Arbeitslosigkeit die Folge der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist, die auf der rücksichtslosen Ausbeutung der Arbeiterklasse aufgebaut ist. Die Kapitalisten sind bemüht, um jeden Preis die sozialen Errungenschaften und die Arbeiterschutzgesetzgebung zu vernichten. Das heutige sanatorische Regierungssystem in Polen berücksichtigt sämtliche Wünsche der Kapitalisten und Großgrundbesitzer.

Im vergangenen Jahre erklärte der Arbeitsminister, General Hubitzki, zur Zeit der Budgetberatungen im Sejm, daß er eine Herabsetzung der Arbeiterlöhne nicht gestatten wird. Leider wurden kurz nach dieser Erklärung des Arbeitsministers durch die Regierung die Bezüge der Staatsangestellten reduziert. Dadurch gab der Staat den Kapitalisten das schlechteste Beispiel, ja sogar den Impuls zum Abbauen der Arbeiterlöhne und zur Bereicherung der Kapitalisten.

Das durch die Regierung dem Sejm vorgelegte Gesetzesprojekt bezüglich Aenderung der Sozialgesetze verschlechtert in unerhörter Weise die Arbeiterrechte und ist obendrein ein unverschämtes sanatorisches Geschenk für die Kapitalistenklasse.

Als Augenauswischerei wird den Arbeitermassen die Einführung einer Altersversicherung in sehr bescheidenen Ausmaßen versprochen. Die Vorteile aus diesem Gesetze könnten die Arbeiter erst nach Bezahlung von 750 Wochenbeiträgen genießen. Das wäre nach 15 Jahren.

Das ist ein blutiger Hohn auf die Not und Ausbeutung der Arbeitsveteranen, welche ihr ganzes Leben und ihre letzte Kraft den unersättlichen Kapitalisten opferten.

Die Versammelten protestieren ganz energisch gegen irgendwelche Verschlechterung der sozialen Gesetze.

Die Versammelten erklären, daß eine Besserung der Wirtschaft und Beseitigung der Arbeitslosigkeit nur dann eintreten kann, wenn die Diktatur und die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt wird und eine gerechte Wirtschaft, das ist die sozialistische, zur Geltung kommt.

Die Versammelten fordern: Schaffung von Arbeitsgelegenheit um jeden Preis. Im Falle dies nicht geschieht, dann fordern sie entsprechende Arbeitslosenunterstützung auf die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit, aber nicht Almosen.

Zum Schluß erklären die Versammelten, daß sie solidarisch den begonnenen Kampf bis zum vollständigen Siege über den Kapitalismus führen werden.

Hoch die Klassengewerkschaften!
Hoch der Sozialismus!"

Diese Resolution wurde von den Versammelten einstimmig angenommen.

Nach kurzen Schlußworten des Vorsitzenden Genossen Fender wurde die imposante Versammlung unter Absingung des Arbeiterliedes geschlossen.

Hierauf begab sich Abg. Gen. Dr. Glücksmann in den großen Saal u. erstattete das Referat in polnischer Sprache. Für die im Schießhauspark verbliebenen Demonstranten mußte eine dritte Versammlung abgehalten werden. Das Referat erstattete Sekretär Genosse Zertka. Die Resolution wurde in allen Versammlungen einstimmig angenommen. Um 12 Uhr mittags fanden die Versammlungen unter Absingung des „Czerwony Sztandar" ihren Abschluß. Als die Massen das Schießhaus verließen, ergoß sich ein unübersehbarer Menschenstrom über die Straßen der Stadt. Die Zahl der Teilnehmer wird auf über 8000 geschätzt. Die Versammlungen nahmen einen ruhigen und würdigen Verlauf und es kam auch auf den Straßen zu keiner Ruhestörung. Nur am Vormittag konnten leicht Unruhen ausbrechen, da die Polizei in die in geschlossenen Zügen anmarschierenden Arbeiter mit Gummiknüppeln einschlugen, um sie zum Auseinandergehen zu bewegen. Das geschah dem Zug der Wilkowitzer und auch der Buczkowitzer Arbeiter. Aber auch der Bistraier Zug, der geschlossen durch die Stadt marschierte, wurde am Gustav-Josephplatz von ungefähr 12 Polizisten angehalten und zum Auseinandergehen gewaltsam gezwungen. Ein alter, ortsfremder Polizist, der eine gar zu große Schneidigkeit zeigen wollte, zog sogar den Säbel und wollte in die wehrlosen Arbeiter einhauen. Wahrlich ein großes Heldenstück, wenn man bis auf die Zähne bewaffnet ist und ausgehungerten, wehrlosen Arbeitern gegenübersteht. — Sonst wurde die Ruhe nirgends gestört, die ganze Demonstrationsversammlung verlief in vollster Ruhe und Ordnung. Ein Zeichen, daß die organisierte Arbeiterschaft gut diszipliniert ist und daß es nicht notwendig ist, Versammlungen und Demonstrationen zu verbieten, sowie Flugblätter zu konfiszieren.

In Czechowitz verlief die Demonstrationsversammlung ebenfalls ruhig. An derselben nahmen gegen 4000 Personen teil.

In Zywiec hingegen kam es infolge der Versammlungsverbote und durch Provokationen zu blutigen Zusammenstößen, wobei die Polizei bei der Bezirkshauptmannschaft in die Menge hineinschoß. **Zwei Tote blieben sofort am Platz, vier schwer Verwundete starben während des Transportes ins Spital und elf leichtere Verletzte wurden ins Spital gebracht.**

Nachdem in Zywiec am Ringplatz Markttag war, wurden bei den großen Tumulten noch viele andere Leute stets leichter, stets schwerer verletzt, die sich aber in häusliche Pflege begaben.

Durch die Behinderung der Versammlungen an den in Aussicht genommenen Plätzen und durch die verschiedenen Provokationen ortsfremder Elemente hat sich die Masse in Aufregung befunden und kam es zu diesen bedauerlichen Vorfällen. Jedenfalls trägt das heutige Regierungssystem die Hauptschuld an diesen Vorkommnissen.

In Zywiec wird die Teilnehmerzahl auf weit über 9000 geschätzt, da aus den umliegenden Orten die Arbeiter massenhaft in die Stadt gekommen waren. Die große Not, in welcher sich viele Arbeitslose jener Orte befinden, bewirkt eine große Erregung, die sich durch keine Beschwichtigungsreden eindämmen läßt.

Wo die Pflicht ruft!"

Wochen-Programm des Vereins Jugendl. Arbeiter, Bielsko.

Donnerstag, den 17. März, 7 Uhr abends: Diskussionsabend, verbunden mit Lichtbilder-Vortrag.

Freitag, 18. März, 8 Uhr abends: Theatergemeinschaft.

Sonntag, 20. März, 9 Uhr früh: Bezirkskonferenz. 5 Uhr nachm.: Gesellschaftsspiele.

Mitgliederaufnahmen werden bei jeder Veranstaltung entgegengenommen. Die Vereinsleitung.

Naturfreunde, Ortsgruppe Bielsko. Donnerstag, den 17. März, findet um 7 Uhr abends die erste Vorstandssitzung in diesem Vereinsjahre statt (Restauration Tivoli). Die neugewählten Vorstandsmitglieder werden ersucht, bestimmt zu erscheinen. Das Heft 1-2 ist abzuholen. Der Obmann.

Altbielitz. Donnerstag, den 17. d. Mts., findet im Gasthaus And. Schubert, um 7 Uhr abends, die fällige Vorstandssitzung des Wahlvereins „Vorwärts" statt. Vorstandsmitglieder, erscheinet alle!

Jugend-Beilage

Wo Goethe seinen Zopf verlor

Von Paul Burg.

Nach Italien, nach Italien! Dahin stand Goethes Sehnen zu allen Stunden, die ihm sein Dienst am weimarischen Staate freigab. Er nahm es bitter ernst mit seinem Amt, verwaltete und regierte, als hätte er nie zuvor etwas anderes getan und wäre niemals ein freier Dichtersmann gewesen. Bergbau und Feuerlöschwesen, Straßenbau war sein Bereich, dazu die allgemeine Beratung des Herzogs in allen Angelegenheiten, die vor das Geheimkonsil gehörten. Als der Herbst 1778 kam, übertrug Karl August seinem brüderlichen Freunde Goethe sogar die Kriegskommission, betraute ihn mit der Soldatenaushebung und Leitung des Proviantamtes; selbst die Kommißbrotbäcker unterstellte er ihm, und manches Laib Brot wanderte seitdem in die Steinsche Küche über den Husarenställen, wurde bedankt mit Briefen, Blumen und anderen guten Gaben. Jedes Amt griff Goethe als ein besonderes Amt an, verwaltete es mit Fleiß und Strenge, übte Sparsamkeit zum Wohle des Staates und hielt an diesem Ziele unbeirrt fest. Die weimarischen Soldaten mußten ihm zuerst daran glauben; sechshundert waren vielzuviel für das kleine Herzogtum eines soldatennärrischen Fürstengeschlechts.

„Durchlaucht sind nicht Friedrich von Preußen!" entschied er gegen Karl August und setzte den Heeresstand auf 310 Mann herab. Der Herzog gab sich nicht sogleich geschlagen, bewog ihn zu einer Reise nach Berlin, um dem Poeten vor Augen zu führen, wie wichtig einem Staate Soldaten seien und ein Fürst, der Feldherr ist.

Sie reisten bald, trafen aber den in Schlesien manövrierenden großen König nicht an. Friedrichs Affen und Papageien in Sanssouci bestaunte Goethe mit kühler Abneigung, ließ sich auch nicht von all dem Marmor und dem Goldgefunkel an den alten Generälen blenden, die den Kriegsruhm ihres Monarchen leibhaftig zu verewigen schienen. Man war als Knabe fritzisch gesonnen gewesen, doch nunmehr pazifistisch. Die ganze große Welt des Roi de Prusse erschien ihm als eine garstige Farce; er hüllte sich in sein tiefstes Schweigen, und schwieg selbst an der Tafel des betagten Prinzen Heinrich von Preußen, und zog nur die Brauen hoch, als man von des Königs einstiger berühmter italienischer Mätresse, der Tänzerin Barberina Campini, witzelte, sie sei in Schlesien Aebtissin und dem bekannten Sprichwort getreu eine alte Betschwester geworden, die jetzt den einsamen König gewiß noch einmal zu umstricken suchte, um für ihre verblühten Reize den Gräfinnentitel zu erlangen.

Das schienen Goethe keine guten berlinischen Anregungen für seinen nacheiferungsfrohen Herzog Karl August zu sein. Mißmutig folgte er dem Gespräch, das auf Friedrichs des Großen ungeheiratete Verwandtschaft Braunschweig übersprang und dem Sohne ins Gesicht hinein, natürlich von Anna Amalia in Weimar, mit Lobeshymnen nicht kargte. Man spöttelte dann, das Cumberländische Haus habe samt und sonders böse Leidenschaften im Leibe, darum sei Frederic le Grand seiner Gemahlin immer fremd und ferngeblieben, darum habe auch die schöne Marquise Elise von Branconi ihren Erbprinzen —

Den Spötter traf ein drohend fragender Blick aus Goethes Augen, und er verstummte schnell.

Dafür sprang ein anderer hoher Offizier ein, des stählernen, trotzigen Braun in dieses weimarischen Hofdichters und heimlichen Ministers Augen nicht achtend. Er zeigte sich wohl unterrichtet.

„Umgekehrt ist's! Die schöne Marquise Branconi möchte schon gern bei ihrem Karl Wilhelm Ferdinand geblieben sein, weil sie ja nun doch kein anderer honoriger Kerl mehr als Eheweib nimmt; aber der hohe Geliebte hat eben eine andere — Jawohl, eine Frau von Hartfeldt ist jetzt die Erwählte und übers Jahr wird's wieder eine andere Dame sein. Der kann der Kaiser noch viele Kindlein grafen —"

Elende Klatschmäuler! dachte Goethe ergrimmt bei sich und stand unvermittelt von der Tafel auf. Alle starrten sie ihn an. Dem Prinzen von Preußen stand der Mund offen. So eine Insubordination von diesem maulfaulen Versemacher! Was bildet sich denn solche Kreatur bloß ein — wer sie sein möchte!

„Eh — mein Herr Rat, noch speist man an meiner Tafel", sagte der Prinz betreten und wich dem flammenden Blick des hoch bei der königlichen Tafel Stehenden aus.

„Wenn man's nur tät' — anstatt abwesenden Damen die Ehr' abzuschneiden, Königlicher Prinz! Der braunschweigische Dauphin mag sich selber verteidigen — für die Dame, an der diese Herren ihre Zunge wetzten, stehe ich ein, ohne sie zu kennen. Mein nächster Weg ist, sie um die Wahrheit befragen." Sprach es mit weithin vernehmlicher, zorniger Stimme und ging gelassen hinaus, achtete es auch nicht, daß Karl August ihm erstaunt und entsetzt nachrief:

„Goethe — Wolfgang!"

„Einen schönen Rufnamen hat dieser Herr und eine aimable courage, Durchlaucht", witzelte Prinz Heinrich von Preußen verlegen und hob sein Glas. „Ich trinke auf den Hof, der solche Zivilritter sein nennt, Weimar!"

Schnell hob Karl August sein Glas und schüttete den Champagner hinab. Er war wütend auf Goethe und sich selber. Wer hatte nicht aller Heuchelei abgeschworen — wer sich in brausender Jugend zu Wahrheit und Tugend bekannt? — Vor ein paar Jahren. — Und wer hielt noch daran fest? Der Fürst nicht — der buhlte bei Preußen um gut Wetter, um ein Regiment Soldaten und den Generalsrang im nächsten Kriege —! Nur dieser Dichter und Bürger allein blieb charaktertreu und fand auch am Fürstentisch ein freies Wort.

„Herzog, es wundert mich doch ein wenig, daß dieser ehrenhafte Bürgersmann, den Sie als Kriegskommissär angestellt haben, uns die Rekrutierung im Weimarischen verweigert und mit dem Kaiser in Wien droht. Base Amalie war darin anders. Wann denken Sie denn das glorieuse Schwert des furchtlosen Herrn Bernhard von Weimar selber zu führen?"

Da schlug Karl August auf den Tisch, daß sie alle zu ihm herübersahen. „Ich bin nicht meine Frau Mutter — und bei aller schuldigen Ehrfurcht vor den Herren Onkels, König und Prinzen in Berlin, denke ich auch nie in solche Weiblichkeit und Nachgiebigkeit gegen Ihre Rekrutierung zu versinken. Mein Geheimer Rat Goethe handelte auf meinen Befehl, Königliche Hoheit. Nein, gegen den Alten Fritz führe ich meine Rekruten niemals, der Welt ein neues Beispiel von David und Goliath zu geben und hinterher den Spott Europas zu ernten. Aber — das darf ich wohl in diesem Kreise sagen und auf Verständnis rechnen — einen Zusammenschluß des mittleren Deutschland sollen mir meine wohlgepflegten Soldaten einst garantieren. Alle kleinen Binnenstaaten zwischen Bayern und Preußen eins! Diplomatie und Strategie gehören dann zusammen", schloß Karl August, schnell atmend und trotzig, sein Bekenntnis.

Alle sahen sie ihn an. — Kühner junger Mann — für einen Fürsten ein bißchen unvorsichtig — aber nicht unreif. So ehrgeizig! Wenn der steinerne Gast Goethe jetzt dabei gewesen wäre — er hätte das Geständnis seines Herrn gewiß durchquert oder gar verhindert.

Prinz Heinrich hob nachdenklich die Tafel auf. Tat es gut, diesen Feuerkopf mit einem preußischen Kavallerieregiment zu betrauen, ihn gar zum General zu nominieren? Lieber nicht! Man mußte da den Alten Fritz ein bißchen hellhörig und eifersüchtig machen auf den ehrbegierigen Herrn Neffen.

In ihrem Quartier saßen Karl August und Goethe nachher noch lange zusammen.

„Du gehörst nicht hierher", warnte Goethe. „Das sind alles eingestaubte Perücken mit schlechten Manieren. Frag' diese Säbelträger, was sie von der Kunst halten und wissen! Selbst dein König ist darin ein lässiger Dilettant. Frag' sie nach den feineren Sitten, nach den Frauen —! Erinnere dich einmal, August, was wir uns vor drei Jahren gelobten — es war am Tage des ersten Sehens mit Lotte Stein!"

„Ich weiß! Ich hab' schon heute daran gedacht, als du die Tafel verließest. Du standest unter ihnen wie der Heros einer anderen Welt. Ich sage dir, Wolf, geschämt habe ich mich vor mir selber und einen Schwur getan, der — Gib mal eine Schere her!"

„Was denn?"

„Eine Schere!" befahl Karl August.

Da suchte Goethe gehorsam seine scharfe Papierschere mit den beinernen Griffen aus dem Reisesack. Sie war noch ein Geschenk von Lotte Buff in Wetzlar und begleitete ihn stets.

„Gib her!" Karl August riß sie ihm fast aus der Hand, trat schnell vor den niedrigen Spiegel und — klapp, klapp, mit zwei klingenden Scherenschnitten fiel ihm sein Zopf von der Schulter.

„So! Das ist meine Antwort an die alten Perücken. Mich soll nie ein Mensch wieder mit einem Zopfbeutel erblicken; mögen sie auch gleich alle auf den Rücken fallen, diese Narren. Wie gern ich Soldat bin, das ahnt ja keiner — aber ich bin doch nicht so ein Grenadiertoffel. Wenn du gescheit bist, säbelst du dir den Chinesen dahinten auch weg. Ich meine, braune Locken müßten dir viel besser zu Gesichte stehen."

„Glaubst du wirklich?"

Unschlüssig und staunend stand Goethe da. Dieser Herzog! Will gar der Schüler den Meister lehren, daß die Weltgeschichte vorangeht und das Weltenrad sich nicht rückwärts dreht? Welch eine offenbarende Stunde! Schnell trat er nahe und mit einem „Erlaub!" fühlte er seines Freundes und Herzogs Kopfform in zarten Griffen ab.

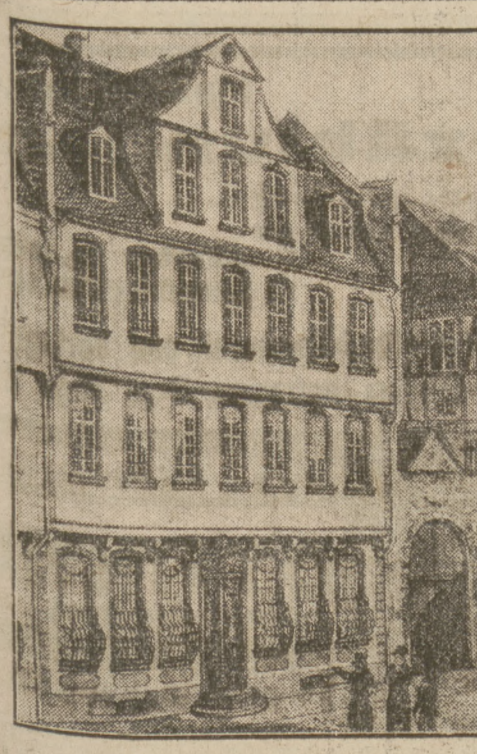
„Wir sind ja allesamt Narren, nicht längst schon diese abgeschmackte Haartracht zu allen Teufeln geschickt zu haben."

„Na also! Komm her!"

Und Karl August säbelte seinem Dichter und Duzbruder abends nach der königlichen Tafel im Berliner Quartier den Zopfbeutel herunter.

„Wenn dich nun die Marchesa erblickt und hört, wie du sie herausgehauen und um ihretwillen Haare gelassen hast, wird sie dir um den Hals fallen."

„Ich hätt' mich auch vor dem Degen dieser Herren so wenig wie vor ihrem Pistol gefürchtet", sprach Goethe gegen den Spiegel, worin er sich wohlgefällig betrachtete. Im Geiste malte er sich das Kennenlernen mit jener Dame aus, die immer wieder in seinen Gedankenkreis rückte. Und sein Denken, Sehnen nahm mit einmal wieder weite Fahrt — italienwärts.



Des Dichters Vaterhaus
am Hirschgraben in Frankfurt am Main, nach seinem heutigen Aussehen.

Jugend!

Das ist der Jugend herrliche Sendung:
Menschen zu werden in höchster Vollendung;
Schöpfer zu sein einer neuen Zeit,
Mit einem Gewissen: Menschlichkeit.

Das ist der Jugend köstlichstes Gut,
Daß ihres Herzens feurige Glut
Immer zur Wahrheit sich drängt,
Sich an das Beste verschenkt.

Das ist der Jugend sieghafte Kraft:
Daß sie am Werke der Zukunft schafft,
Unbeschwert von Formen und Zwang,
Hell begeistert vom Tatendrang.

Das wird der Jugend Siegeslied:
Daß sie sich findet in Reih' und Glied;
Daß sie die Schranken kühn überrennt,
Die noch Staaten und Völker trennt.

Jugend: Ein Herz nur, gläubig beseelt.
Jugend: Ein Wille im Kampfe gestählt,
Jugend: Ein Wissen, das aufrecht sich hält —
Und sich erobert die ganze Welt!

Hubert Leinsmer.

Goethe und die Arbeiterjugend

Für das Genie und das Werk von Weimar.

Von Paul Siebold.

Arbeiterjugend war es, junge Burschen und Mädchen aus allen Ecken und Enden Deutschlands, die im August 1920 anläßlich ihres Weimarer Jugendtages einen Lorbeerkranz am Goethe-Schiller-Denkmal niederlegte. „Den Ewig-Jungen! Die deutsche Arbeiterjugend" stand auf der roten Schleife. Rund um das Denkmal war die Jugend versammelt, einer ihrer Führer spricht von der Verbundenheit der Arbeiterjugend mit dem Geist Goethes, von dem Wollen der Jugend, für eine neue, glückliche Menschheit zu kämpfen. Die Worte finden begeisterten Widerhall. Die sozialistische Jugend huldigte dem unsterblichen Genie.

Jener Tag, an dem unsere Arbeiterjugend des Weimarer Dichterpaares gedachte, war der Geburtstag Goethes. Nichts erinnerte sonst in Weimar an diesen Tag. Den jungen Arbeitern, den Lehrlingen, den Jungen und Mädels, die aus der Not der Städte kamen, war es vorbehalten, für die Lebendigkeit Goetheschen Gedankenguts zu zeugen. An Goethes Prometheus: „Wer half mir wider der Titanen Uebermut? Wer rettete vom Tode mich, von Sklaverei? Hast du nicht alles selbst vollendet, heilig glühend Herz?" entzündete sich die Flamme der Begeisterung für unseren Kampf. Am Abend folgte dann eine Goethefeier im Nationaltheater.

Die Feierstunde hatte noch einen Nachklang, der sehr bezeichnend war für die Geisteshaltung des Bürgertums. Ueber Nacht war der Kranz vom Denkmal gestohlen worden! Die Jugend brachte neue Kränze, Eichenkränze aus Tiefurt. Diesmal ließ sie eine Wache zurück, die das frischgeschmückte Denkmal beschützte. Beschützte vor dem Rowdytum sogenannter Hurrapatrioten, die sich damals im Zeichen des Hakenkreuzes versammelten, um in die deutsche Politik Gewalt und Terror zu tragen.

Nicht nur in Weimar bekannte sich die Arbeiterjugend zu dem Werk deutscher Dichter und Denker, zu dem „Deutschland der Kant, Fichte, Marx und Engels, Hegel und Heine, Goethe und Hebbel, Beethoven und Mozart, Schiller, Lassale und Freiligrath" (Wilhelm Sollmann in seinem Vortrage in Weimar), sondern die Arbeiterjugend war immer dabei, wo es für die Vermehrung des Anteils der arbeitenden Jugend an den Gütern der Kultur und gegen die Ungeistigkeit der Zeit zu kämpfen galt. Mit Stolz rechnet sich die Arbeiterjugend zu den Bannerträgern einer Bewegung, die für eine neue Kultur, für die sozialistische Gemeinschaft kämpft. In diesem Kampfe fühlt sich die sozialistische Arbeiterschaft mit all den Großen verbunden, die für Freiheit und Gerechtigkeit stritten.

Aus Anlaß des 100. Todestages Goethes am 22. März 1932 wird in den verschiedenen Städten eine Reihe von Veranstaltun-



Goethe als Jüngling
beim Schlittschuhlaufen in seiner Vaterstadt. Nach einem Gemälde von W. v. Kaulbach.

gen durchgeführt. Das Gesicht unserer Zeit belehrt uns darüber, daß das deutsche Bürgertum nichts mehr gemein hat mit dem Gedanken Goethes, daß es sich lediglich darauf beschränkt, zu paradieren. „Wer fest auf seinen Sinn beharrt, der bildet die Welt sich!“ Wo ist dieser feste Sinn des Bürgertums noch zu finden?

In unserer an schweren gesellschaftlichen Erschütterungen so reichen Zeit wahrt die deutsche Arbeiterschaft das Erbe deutscher Geistigkeit. Faustische Sehnsucht „Solch ein Gewimmel möcht' ich sehn, auf freiem Grund mit freiem Volke stehn“ lebt in ihr. Die Arbeiterschaft ist es, die die Fichtesche Forderung des gleichen Rechts alles dessen, was Menschenanlitz trägt, zu verwirklichen strebt. Die Arbeiterschaft kämpft für den dauernden Frieden.

Goethes Geist, der sich gründet auf Freiheit und Gerechtigkeit, ist uns auch heute Fackel im Kampf. Weimar ist uns nicht nur teuer wegen seiner innigen Verbindung mit dem Werk des großen Meisters. Weimar ist uns auch Symbol des neuen Volksstaates, um dessen Erhaltung es in unserem gegenwärtigen Kampf geht. Um die Grundlagen des Verfassungswerkes von Weimar, das uns Garantie ist, für eine weitere gesellschaftliche Entwicklung im sozialen Sinne, geht es. Weimar legt uns die Verpflichtung auf, zu kämpfen für Freiheit und Kultur, für ein Aufwärts in der Menschheitsentwicklung!

Grubenunglück in Nordostböhmen

Brüx. Im Kohinor-Schacht der Brucher Kohlenwerke-A.-G. in Bruck, einer der größten Gruben des nordostböhmischen Braunkohlenreviers, entstand in der Nacht zum Mittwoch in einem in etwa 350 Meter Tiefe gelegenen Schacht ein Brand, der sich mit großer Schnelligkeit ausdehnte. Es befanden sich glücklicherweise nur die Grubensicherungsmannschaften im Schacht, da am Dienstag in der Grube nicht gearbeitet wird. Jedoch wurden diese von den sich ausbreitenden Kohlenoxydgäsen ohnmächtig. Die ablösende Belegschaft begann sofort mit den Rettungsarbeiten. Bis auf 8 Mann konnten die Bergleute gerettet werden. Etwa 20 hatten Rauch- und Gasvergiftungen erlitten. Die noch eingeschlossenen 8 Bergleute konnten nicht geborgen werden. Nach zwei kleineren Gasexplosionen war von ihnen eine telephonische Meldung eingelangt, daß sie versuchen würden, zu einem Wetterschacht zu flüchten. Die Rettungsmannschaften konnten infolge der Hitze nicht bis zu den Eingeschlossenen vordringen. Seit vielen Stunden ist von den Vermißten kein Lebenszeichen mehr zu erlangen. Man gibt daher allmählich die Hoffnung auf, sie noch lebend zu bergen. Die Ursache des Grubenbrandes liegt in der Beschaffenheit der leicht brennbaren Kohle. Selbstentzündung ist in diesen Fällen keine Seltenheit.

Rundfunk

Kattowitz — Welle 408,7

Freitag. 12,10 und 16,20: Schallplatten. 16,55: Englisch. 20,15: Sinfoniekonzert. 23: Funkbriefkasten in französischer Sprache.

Warschau — Welle 1411,8

Freitag. 12,10, 13,35 und 14,45: Schallplatten. 15,15: Vorträge. 17,35: Leichte Musik. 20,15: Sinfoniekonzert. 22,40: Abendnachrichten. 22,50: Sportnachrichten.

Gleiwitz Welle 252. Breslau Welle 325.

Freitag, 18. März. 9,10: Schulfunk. 15,30: Stunde der Frau. 16: Der Minister spricht. 16,30: Volkslieder. 17,05: Hausmusik. 17,40: Landw. Preisbericht; anschl.: Das Buch des Tages. 18: Vortrag. 18,25: Das wird Sie interessieren! 18,40: Vortrag. 19: Wetter; anschl.: Abendmusik. 20: Aus Amerika: Worüber man in Amerika spricht. 20,15: Thomas Mann spricht. 21,20: Kammermusik. 22,05: Abendnachrichten. 22,30: Tanzmusik. In der Pause: Die tönende Wochenschau.

Versammlungskalender

D. S. A. P. und Arbeiterwohlfahrt.

Königshütte. Am Freitag, den 18. März, abends 7,30 Uhr, findet im Büfettzimmer eine Mitgliederversammlung der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei und der Arbeiterwohlfahrt statt. Als Referent erscheint Genosse Gorny aus Kattowitz. Um vollzähliges und pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Welnowiec. Unsere diesjährige Generalversammlung findet am Sonntag, den 20. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, im Saale des Zentralhotels in Kattowitz, statt. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Als Referent erscheint: Genosse Matzke.





Goethe-Buchzeichen des Börsenvereins für den deutschen Buchhandel

Die Zentralorganisation der deutschen Buchhändler, der Börsenverein in Leipzig, hat anläßlich des Goethe-Jahres eine Serie von Exlibris-Blättern herausgebracht, die Darstellungen Goethes und die Umschrift „Und wenn Ihr uns bewundert und verehrt, so gebt auch den Lebendigen ihr Teil“ zeigen. Damit wirbt der deutsche Buchhandel im Zeichen Goethes auch für neue Bücher um das deutsche Leserpublikum.

Achtung, Metallarbeiter!

Kattowitz. Unsere nächste Mitgliederversammlung findet am Donnerstag, den 17. d. Mts., nachmittags 5½ Uhr, im Saale des Zentralhotels statt. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht. Als Referent erscheint Kollege Buchwald.

Nikolai. Am Sonnabend den 19. März, 5 Uhr abends, findet bei Burzucki eine Mitgliederversammlung der Metallarbeiter statt. Als Referent erscheint Kollege Buchwald.

Holzarbeiter.

Königshütte. Sonntag, den 20. März, vormittags 10 Uhr, Mitgliederversammlung im Volkshaus.

Kattowitz. Donnerstag, den 24. März, abends 6½ Uhr, im Zentral-Hotel Mitgliederversammlung. Pünktliches Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

Bergbauindustriearbeiterversammlungen

am Sonntag, den 20. März 1932.

Nikiszowiec-Giszowiec. Vorm. 10 Uhr, bei Kotyrba. Referent zur Stelle.

Myslowice. Vorm. 10 Uhr, bei Chilinski. Ref. zur Stelle.

Nowa Wies. Vorm. 10 Uhr, bei Goretzki, um 9 Uhr Vorstandssitzung.

Ober-Lazisk. Nachm. 3 Uhr, bei Mucha. Ref. zur Stelle.

Murcki. Nachm. 3 Uhr, in Morgy. Referent zur Stelle.

Anhalt. Nachm. 2½ Uhr, bei Berger. Referent zur Stelle.

Wochenplan der D. S. J. P. Katowice.

Donnerstag: Heimabend.
Freitag: Diskussion.
Sonntag: Heimabend.

D. S. J. P. Myslowitz.

Donnerstag, den 17. März: Musikprobe.
Sonnabend, den 19. März: Schachspiele.
Dienstag, den 22. März: Diskussionsabend.
Dienstag, den 29. März: Musikprobe.
Donnerstag, den 31. März: Gesellschaftsspiele und Vorstandssitzung.

Die Zusammenkünfte fangen pünktlich um 6,30 Uhr abends an.

Arbeiter-Esperanto.

Alle Arbeiter-Esperanto-Gruppen der Wojewodschaft Schlesien werden hierdurch ersucht, ihre Vertreter, bezw. Delegierten, zu der am Sonntag, den 20. März d. Js., nachm. 3 Uhr, in Krol.-Huta, ulica 3-go Maja 6 (Dom Ludowy), stattfindenden Konferenz, zwecks weiteren Zusammenschlusses, innerhalb der Wojewodschaft Schlesien, zu entsenden. Die Tagesordnung wird von der Konferenz aufgestellt. Zweckdienliche Anfragen sind zu richten an Alois Parczyk, Krol.-Huta, ulica 3-go Maja 6 (Zentralbibliothek des B. f. Arbeiterbildung).

Königshütte. (Freie Gewerkschaften, Partei und Kulturvereine.) Am Sonntag, den 20. März 1932, nachmittags um 3 Uhr, findet im großen Saale des Volkshauses (Dom Ludowy), Krolewska Huta, ulica 3-go Maja 6, eine allgemeine Versammlung der Freien Gewerkschaften, Partei und Kulturvereine statt. Als Referent erscheint Genosse Dr. Glücksmann. Da ein sehr aktueller Vortrag auf der Tagesordnung steht, ersuchen wir alle unsere Kollegen und Genossen, mit ihren Frauen zahlreich zu erscheinen. Die Zahlstellen Hohenlinde, Chorzow, Lipine, Schlesiengrube, sind auch hierzu hierzlichst eingeladen.

Königshütte. (Achtung Gewerkschaftsjugend!) Am Sonntag, den 20. März 1932, nachmittags 3 Uhr, findet im großen Saale des Volkshauses, Krolewska Huta, ulica 3-go Maja 6, eine wichtige Versammlung statt, zu der der Genosse Dr. Glücksmann als Referent erscheint. Da der Vortrag gerade die Fragen streifen wird, die die Jugendgenossen hauptsächlich interessieren muß, so ersuchen wir um vollzähliges Erscheinen.

Königshütte. (Freidenker.) Am Sonntag, den 20. März 1932, vormittags 9½ Uhr, findet im selben Lokal, wie vergangenen Monat, die fällige Mitgliederversammlung statt. Pflicht aller Mitglieder ist es, zu erscheinen.

Königshütte. (Freie Radfahrer.) Die Uebungsstunden finden im Volkshaus Krol.-Huta an folgenden Tagen statt:
Donnerstag, den 17 März, von 6 bis 8 Uhr abends.
Donnerstag, den 24. März, von 6 bis 8 Uhr abends.
Donnerstag, den 31. März, von 6 bis 8 Uhr abends.
Wir bitten um eine recht rege Beteiligung.

Bismarckhütte. (Kartell der freien Richtungen.) Am Freitag findet im Betriebsratsbüro, abends 5 Uhr, eine Zusammenkunft sämtlicher Funktionäre der Partei, Freien Gewerkschaften, sowie Kulturvereine beider Richtungen statt. Desgleichen haben die Betriebsräte zu erscheinen. Referenten: Kollege Buchwald und Kubowicz.

Bismarckhütte-Schwientochlowitz. (Freidenker.) Am Sonntag, den 20. März, nachmittags 3 Uhr, findet in unserem Vereinslokal die fällige Mitgliederversammlung statt.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Kattowitz. Der Wochenendkursus findet, unter der Leitung des Genossen Lenzener, Sonnabend, den 19. März 1932, abends von 6—8 Uhr, und Sonntag, den 20. März 1932, vormittags von 10—12 Uhr, im Saale des Zentralhotels statt. Thema: Klassenkampf und Massenschulung. Eintritt nur gegen Karten, von denen noch eine mäßige Anzahl im Partei-Büro zu haben ist

Schriftleitung: Johann Kowoll; für den gesamten Inhalt und Inserate verantwortlich: Theodor Raiwa, Mała Dąbrówka. Verlag und Druck „VITA“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Kościuszki 29.